

INTOSAI



Anlage zur ISSAI 5520

Anhang 1

Merkmale von Katastrophen

Erstellt von der ORKB von Indonesien. Siehe Bibliografie in Anhang 15.

Arten von Katastrophen	Merkmale	Allgemeine Gegenmaßnahmen	Besondere Problembereiche
Erdbeben	<ul style="list-style-type: none"> • Üblicherweise ohne Vorwarnung • Üblicherweise plötzliches Eintreten • Erdbebenanfällige Gebiete sind im Allgemeinen identifiziert und bekannt • Schwere Folgen ergeben sich meist aus Erdbewegungen, Erdbrüchen oder Erdbeben; dazu zählen insbesondere (üblicherweise sehr starke) Schäden an Strukturen und Systemen und hohe Opferzahlen aufgrund mangelnder Warnung 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung möglicher Warnindikatoren • Landnutzungsvorschriften • Bauvorschriften • Umsiedlung von Gemeinschaften • Programme zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Verheerende und weitreichende Schäden, die dringende Maßnahmen erforderlich machen, insbesondere Suche und Bergung und medizinische Versorgung • Zugangs- und Mobilitätsschwierigkeiten • Umfassende Verluste oder Schäden der Infrastruktur, wesentlicher Versorgungseinrichtungen und Lebenserhaltungssysteme • Erforderliche Rehabilitierungsmaßnahmen können sehr umfangreich und kostspielig sein • Seltenes Eintreten in einigen Gebieten kann zu Problemen aufgrund von Einsparungen bei Gegenmaßnahmen und Sensibilisierung der Öffentlichkeit führen
Vulkanausbruch	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Ausbrüche können manchmal vorausgesagt werden • Vulkanausbrüche können Strukturen und umliegende Umwelt zerstören sowie Brände, auch Waldbrände, verursachen • Aufbrechen der Erdoberfläche durch den Vulkanausbruch kann Gebäude und andere Strukturen beeinträchtigen • Lavaströme können Gebäude und Ernte unter sich begraben, 	<ul style="list-style-type: none"> • Landnutzungsvorschriften • Lavakontrollsysteme • Entwicklung von Überwachungs- und Warnsystemen • Evakuierungspläne und -vorkehrungen • Umsiedlung der Bevölkerung • Programme zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Zugang während des Ausbruchs • Rechtzeitige und präzise Evakuierungsentscheidungen • Öffentlicher Widerstand gegen die Evakuierung • Kontrolle ankommender Schaulustiger, wenn Evakuierungsprogramme sich in Umsetzung befinden

Arten von Katastrophen	Merkmale	Allgemeine Gegenmaßnahmen	Besondere Problembereiche
	<p>Brände verursachen und Land unbrauchbar machen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Luftgetragene Asche kann Atemwegsstörungen verursachen und Luftfahrzeuge durch Eintritt in das Triebwerk beeinträchtigen • Ascheablagerungen auf dem Boden können Ernten zerstören und die Landnutzung und Wasserversorgung beeinträchtigen. • Damit einhergehende starke Regenfälle können Schlammlawinen verursachen 		
Tsunami	<ul style="list-style-type: none"> • Die Geschwindigkeit der Welle hängt von der Tiefe des Wassers an der Stelle der seismischen Störung ab • Warnzeit hängt von der Entfernung vom Wellenursprungsort ab • Geschwindigkeit des Eintretens ist unterschiedlich • Dem Auftreffen an der Küste kann ein starker Rückgang des normalen Meeresspiegels vor der Ankunft einer Welle vorangehen • Die Tsunamiwelle kann große Zerstörung anrichten • Das Auftreffen kann Überflutungen, Verunreinigungen von Ernten, Boden und Wasservorräten durch 	<ul style="list-style-type: none"> • Frühwarnung • Evakuierung der bedrohten Gemeinschaften aus Küstenregionen/nahe dem Meeresspiegel gelegenen Gebieten in höhere Lagen, wenn ausreichende Warnvorkehrungen getroffen wurden • Landnutzungsvorschriften (wahrscheinlich schwer umsetzbar, wenn das Tsunamirisiko als niedrig eingestuft wird) • Programme zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtzeitige Verbreitung der Warnung in Anbetracht der möglicherweise kurzen Zeitspanne zwischen Erhalt der Warnung und Auftreffen der Tsunamiwelle • Wirksamer zeitlicher Rahmen für die Evakuierung • Suche und Rettung • Die Rehabilitierung kann aufgrund schwerer Zerstörungen und Schäden umfassend und kostspielig sein

Arten von Katastrophen	Merkmale	Allgemeine Gegenmaßnahmen	Besondere Problembereiche
	Salzwasser, Verwüstung oder Schäden an Gebäuden, Strukturen und Küstenvegetation verursachen		
Tropischer Wirbelsturm (Taifun, Hurrikan)	<ul style="list-style-type: none"> • In der Regel langfristige Warnung aufgrund von systematischen internationalen meteorologischen Beobachtungen (einschließlich Fernerkundung) • Schrittweises Einsetzen • Entspricht tendenziell einem saisonalen Muster • Schwerere Folgen hauptsächlich aufgrund von zerstörerischen Stürmen, Sturmfluten (und damit verbundenem Hochwasser) und Überschwemmungen durch starken Regen. Bei Überschwemmungen und starkem Regen kann es zu Hangrutschungen kommen • Gebäude und andere Strukturen, Straßen, wesentlicher Versorgungseinrichtungen, Ernten sowie die Umwelt im Allgemeinen können von Zerstörungen und/oder schweren Schäden betroffen sein. Möglicherweise starker Verlust von Menschenleben und Vieh 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirksame Warnvorkehrungen • Vorsorgemaßnahmen während der Vorwarnzeit • Umsiedlung von Personen in sichere Unterkünfte • Allgemeine Bereitschafts- und Sanierungsmaßnahmen vor erwarteten Zyklonsaisonen • Bauvorschriften • Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Einschätzung der Folgen und Bedürfnisse ist möglicherweise nicht einfach, insbesondere bei Schlechtwetter nach Eintreten der Katastrophe und wegen erschwerten Zugangs- und Mobilitätsbedingungen aufgrund großer Schäden • Weitreichende Schäden oder Verluste von Ressourcen der Katastrophenbewältigung • Eingeschränkt Zugang und Bewegungsfreiheit bei der Durchführung dringender Hilfsmaßnahmen, insbesondere Soforthilfeprogrammen zur Ernährung, Unterbringung und ärztlichen Versorgung • Suche und Rettung • Weitreichende Zerstörung/Unterbrechung wesentlicher Dienstleistungen • Evakuierung • Wiederherstellung der Landwirtschaft (insbesondere von Baumkulturen)

Arten von Katastrophen	Merkmale	Allgemeine Gegenmaßnahmen	Besondere Problembereiche
Überschwemmungen	<ul style="list-style-type: none"> • Lang- oder kurzfristige oder gar keine Vorwarnung, je nach Art der Überschwemmung • Kann schrittweise oder plötzlich eintreten • Möglicherweise saisonale Muster von Überschwemmungen • Schwere Folgen meist aufgrund von Überschwemmungen und Erosion; kann zur Isolierung von Gemeinschaften oder Gebieten führen und umfangreiche Evakuierungen erforderlich machen 	<ul style="list-style-type: none"> • Hochwasserschutz • Landnutzungsvorschriften • Bauvorschriften • Vorhersage-, Überwachungs- und Warnsysteme • Umsiedlung der Bevölkerung • Evakuierungspläne und -vorkehrungen • Ausrüstung, Einrichtungen und Materialien für den Notfall, z. B. Boote, Sandsäcke, Sandvorräte (und Freiwillige für die Durchführung von Soforthilfemaßnahmen) • Programme zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Zugangs- und Mobilitätsschwierigkeiten • Rettung • Medizinische und gesundheitliche Schwierigkeiten (z. B. aufgrund von Hygieneproblemen) • Evakuierung • Verlust von Hilfsgütern • Bis zur nächsten Ernte ist möglicherweise umfangreiche Hilfe vonnöten
Hangrutschungen	<ul style="list-style-type: none"> • Warnzeiten können unterschiedlich sein • Eintritt meist plötzlich • Struktur- und Systemschäden können groß sein • Aufgestaute Flüsse können Überschwemmungen verursachen • Ernten können betroffen sein • Wenn Hangrutschungen mit sehr starkem Regen und Überschwemmungen einhergehen, kann die Bewegung von Geröll große Schäden und Verwüstung verursachen 	<ul style="list-style-type: none"> • Landnutzungs- und Bauvorschriften • Gegebenenfalls Überwachungssysteme • Evakuierung und/oder Umsiedlung von Gemeinschaften • Programme zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Zugangs- und Mobilitätsschwierigkeiten in betroffenen Gebieten • Suche und Rettung • Risiko nachfolgender Hangrutsche kann Reaktionsmaßnahmen behindern • Umsiedlung (im Gegensatz zur vorübergehenden Evakuierung) kann von ortsansässigen Gemeinschaften verweigert werden • Wiederherstellung und Rehabilitation können komplex und kostspielig sein • In schweren Fällen ist es eventuell nicht möglich und/oder nicht kosteneffizient, das Gebiet für organisierte menschliche Besiedlung wiederherzustellen
Buschfeuer (oder Waldbrände)	<ul style="list-style-type: none"> • Die meisten buschfeueranfälligen Gebiete sind bekannt 	<ul style="list-style-type: none"> • Genaue Risikobewertung • Wirksame Überwachungs- und Warnsysteme 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung des Bewusstseins und der Bereitschaft der Gemeinschaft

Arten von Katastrophen	Merkmale	Allgemeine Gegenmaßnahmen	Besondere Problembereiche
	<p>und abgegrenzt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Buschfeuergefahr tendenziell saisonal • Eintrittsgeschwindigkeit verschieden • Folgen können verheerend sein, besonders hinsichtlich des Verlustes von Gebäuden, Holz und Vieh (und Menschenleben, wenn die Gegenmaßnahmen unzulänglich sind) • Rehabilitation der Umwelt nach der Katastrophe kann mehrere Jahre dauern • Evakuierung von Gemeinschaften kann angesichts einer großen Feuerfront schwierig und gefährlich sein 	<ul style="list-style-type: none"> • Brandschutzvorschriften • Saisonale Milderungsmaßnahmen • Bauvorschriften • Programme zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Brandstiftung kann schwer zu verhindern sein • Einrichtung und Wartung geeigneter Brandbekämpfungsressourcen, besonders wenn die Bedrohung schubartig auftritt • Einrichtung eines geeigneten Warnsystems, insbesondere die Bedeutung von Warnzeichen und ihre Darstellung durch die bedrohten Gemeinschaften • Rechtzeitige Verbreitung der Warnung und gegebenenfalls Evakuierung • Langfristige Rehabilitation kann sich aufgrund verheerender Umweltschäden in die Länge ziehen • Evakuierungsbewegungen entweder aus betroffenen Gebieten hinaus oder hin zu sicheren Orten innerhalb dieser Gebiete
Dürre	<ul style="list-style-type: none"> • Größere dürreanfällige Gebiete sind normalerweise bekannt • Trockenperioden können sich verlängern • Betroffene Gebiete können sehr groß sein • Warnung lange im Voraus • Folgen für Landwirtschaft, Viehbestand, Produktion der ländlichen Industrie und menschliche Behausungen können schwerwiegend sein • Langfristige Folgen in Form von schweren wirtschaftlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirksame Gegenmaßnahmen sind tendenziell vorwiegend langfristig • Die langfristige Lösung von Dürreproblemen obliegt üblicherweise der nationalen Regierung und erfordert wichtige politische Entscheidungen • Diese Entscheidungen betreffen unter anderem menschliche Siedlungen und sind daher oft heikel und schwer zu treffen • Internationale Zusammenarbeit und Unterstützung spielen üblicherweise eine wichtige Rolle bei der Bewältigung schwerwiegender Dürreprobleme • Landbewirtschaftungs- und 	<ul style="list-style-type: none"> • Erforderliche Reaktionsmaßnahmen können umfassend und lang anhaltend sein und dadurch erhöhtes Engagement und Ausgaben erfordern • Lang anhaltende Trockenheit kann die Selbstständigkeit der betroffenen Gemeinschaften beeinträchtigen und die Einstellung der Unterstützung des Katastrophenmanagements erschweren • Logistische Anforderungen können die Kapazitäten des betroffenen Landes übersteigen, besonders bei umfangreichem Einsatz von externen (internationalen) Gütern

Arten von Katastrophen	Merkmale	Allgemeine Gegenmaßnahmen	Besondere Problembereiche
	<p>Verlusten, Erosion, die die zukünftige Wohnsituation und Produktion beeinträchtigt, und manchmal Aufgabe weiter Landflächen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Menschliche Aktivitäten können die Möglichkeit und Tragweite des Dürreproblems verschlimmern • Unfähigkeit und/oder Unwille der Bevölkerung, dürreanfällige Gebiete zu verlassen, können das Problem verschärfen 	<p>Raumordnungspläne</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reaktion auf dürrebedingte Notfälle beinhaltet üblicherweise die Bereitstellung von Wasser- und Nahrungsmittelvorräten, medizinischer und gesundheitlicher Versorgung und Notunterkünften • Informationsprogramme, insbesondere zur Unterstützung bei Fragen wie der Landbewirtschaftung 	
Epidemien	<ul style="list-style-type: none"> • Im Allgemeinen ein Resultat gestörter Lebensbedingungen infolge einer Katastrophe • Können durch Nahrungsmittel, Wasserquellen, unzulängliche medizinische und gesundheitliche Einrichtungen/Standards, Unterernährung oder Übertragung entstehen • In Situationen nach Katastrophen, wenn Personal und Einrichtungen begrenzt sind, können Ausbrüche schwer einzudämmen und zu kontrollieren sein • Warnungen sind nach Katastrophen in den meisten Fällen selbstverständlich • Eintritt meist plötzlich 	<ul style="list-style-type: none"> • Ein wirksamer Gesundheitsplan im Rahmen des allgemeinen Katastrophenbewältigungsplans • Genaue Überwachung von medizinischen und gesundheitlichen Aspekten nach der Katastrophe • Aufstockung medizinischer Ressourcen und Vorräte in Vorwegnahme epidemischer Ausbrüche • Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit, sowohl vor als auch nach der Katastrophe 	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust medizinischer und gesundheitlicher Ressourcen während der Katastrophe • Knappheit an Spezialausrüstung innerhalb des Landes • Integration externer (internationaler) medizinischer und gesundheitlicher Unterstützung in lokale Systeme • Eindämmung und Kontrolle häufiger Krankheiten, die sich rasch verbreiten, besonders, wenn entsprechende medizinische und gesundheitliche Ressourcen stark begrenzt sind
Große Unfälle, Vorfälle in	<ul style="list-style-type: none"> • Üblicherweise gewaltsamer Natur 	<ul style="list-style-type: none"> • Gute physische Planung • Gegebenenfalls spezielle 	<ul style="list-style-type: none"> • Überraschungseffekt von Unfällen kann zu Problemen

Arten von Katastrophen	Merkmale	Allgemeine Gegenmaßnahmen	Besondere Problembereiche
Verbindung mit CBRNE (chemischen, biologischen, radiologischen, nuklearen und explosiven Stoffen) oder mit IED (<i>improvised explosive device</i> - Sprengfallen)	(z. B. industrielle oder sonstige Explosion, Flugzeugabsturz usw.) <ul style="list-style-type: none"> • Kann begrenzte oder weitreichende Folgen haben • Meist eingeschränkte oder gar keine Warnung, obwohl z. B. bei Chemie- oder Ölnfällen die Warnzeit länger sein kann • Üblicherweise plötzlicher Eintritt 	Bauvorschriften <ul style="list-style-type: none"> • Gute innerbetriebliche Sicherheits- und Managementstandards/-verfahren, einschließlich Evakuierungspläne und periodische Tests • Wirksame organisatorische Soforthilfeleistungen, die verfügbar sind, um unverzüglich Maßnahmen ergreifen zu können, noch bevor die öffentlichen Notdienste eintreffen • Wirksame Katastrophenpläne für Gemeinschaften oder Gebiete, damit Maßnahmen koordiniert getroffen werden • Schulung in Bezug auf den Umgang mit den Auswirkungen spezifischer gefährlicher Ereignisse 	in Bezug auf Reaktions- und Antwortzeiten führen <ul style="list-style-type: none"> • Probleme hinsichtlich der Reaktion können schwerwiegend, weitreichend und kompliziert sein • Die Identifizierung von Opfern kann in manchen Fällen problematisch sein
Zivile Unruhen	<ul style="list-style-type: none"> • Üblicherweise im Verantwortungsbereich von Polizei-, paramilitärischen und Streitkräften • Es kommt zu gewaltsamen und störenden Aktivitäten • Muster ziviler Unruhen sind schwer vorherzusehen. Wirksame Warnung kann daher ebenfalls schwer sein • In vielen Fällen der zivilen Unruhen, insbesondere Terrorismus, ergreifen die Anstifter die Initiative, was die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden erschwert 	<ul style="list-style-type: none"> • Strikte Anwendung von Vorschriften und Erfordernissen für Recht und Ordnung • Auferlegung spezieller Notmaßnahmen und -vorschriften • Positive Informationsprogramme mit dem Ziel, die Unterstützung seitens einer Mehrheit der Öffentlichkeit in Bezug auf Regierungsmaßnahmen gegen störende Elemente/Gruppierungen zu sichern 	<ul style="list-style-type: none"> • Überbelastung der Ressourcenverwaltung aufgrund der Erfordernisse ziviler Unruhen zusätzlich zu normalen Verpflichtungen • Schwierigkeit, die Ressourcenverwaltung in Friedenszeiten mit "militärischen" Handlungen in Einklang zu bringen, die im Umgang mit gewaltsamen zivilen Unruhen vonnöten sind

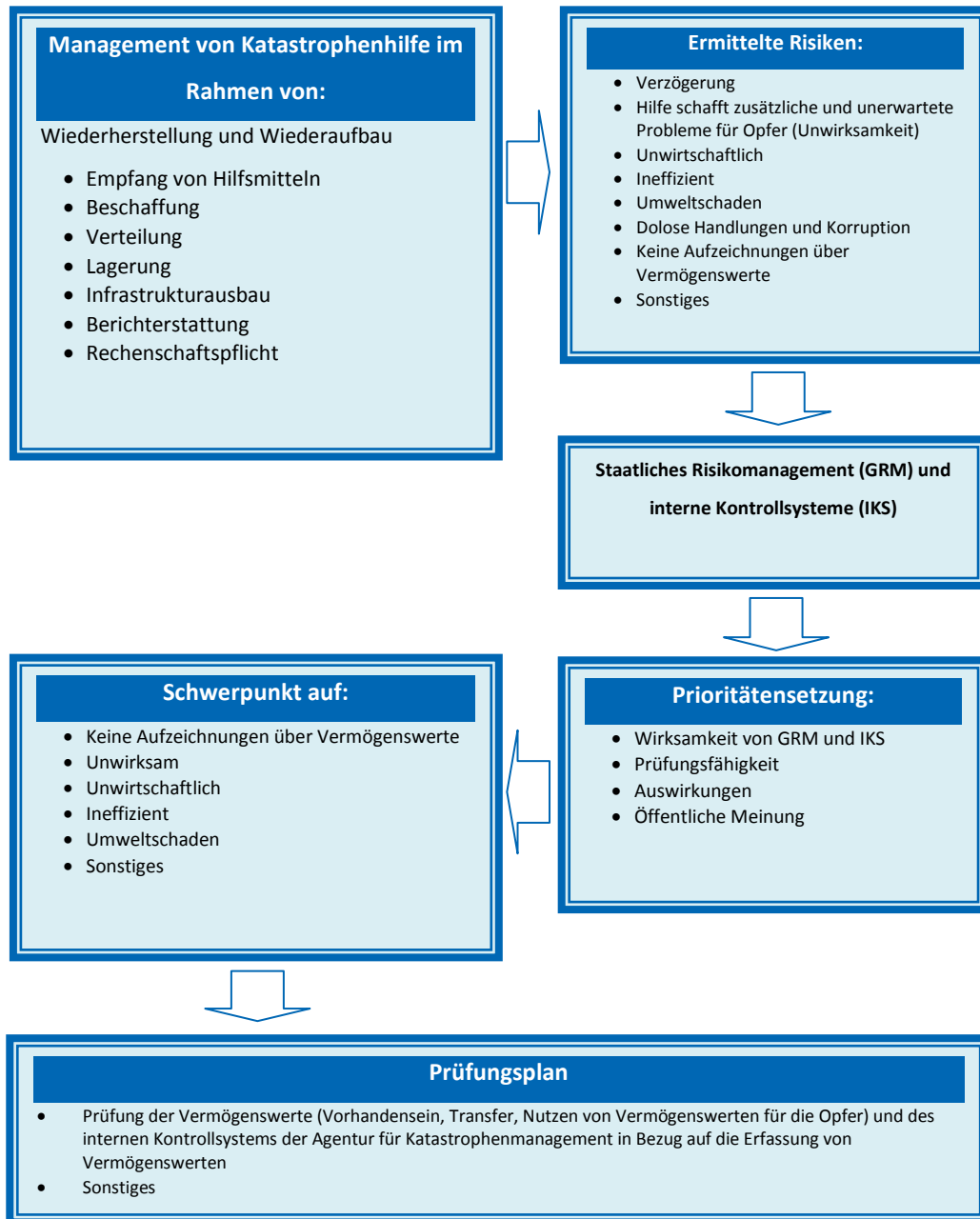
Anhang 2

Risikobasierte Strategie für die Prüfung des Managements von Katastrophenhilfe - eine Fallstudie der indonesischen ORKB

1. Bevor die Prüfer der ORKB eine Prüfung von Katastrophenhilfe und des Managements von Katastrophenhilfe durchführen, untersuchen sie die geprüfte Stelle und verschaffen sich einen Überblick. Dieses Beispiel der ORKB von Indonesien zeigt, wie Prüfer Themen für die Prüfung des Managements von Katastrophenhilfe durch eine Agentur für Katastrophenmanagement in der Wiederherstellungs- und Wiederaufbauphase auswählen. Sie wählten Prüfungsthemen aus und ermittelten anhand der Matrix in Textziffer 7 der ISSAI 5520 potenzielle Risiken für jeden dieser Themenbereiche. Die Prüfer befanden, dass nicht alle der in der Matrix angegebenen Risiken für alle Themenbereiche relevant waren.
2. Nach der Feststellung der Risiken untersuchen die Prüfer die Verfahren im Rahmen des staatlichen Risikomanagements (*Government Risk Management, GRM*)¹ sowie die Eignung und Qualität der internen Kontrollen, um zu beurteilen, in welchem Ausmaß die Agentur für Katastrophenmanagement den vorliegenden Risiken entgegengewirkt haben kann. Dazu zählt eine Bewertung der Hinlänglichkeit und Wirksamkeit von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften, Leitlinien, Handbüchern und sonstigen Werkzeugen, die von der Regierung oder der Agentur selbst eingerichtet wurden, um potenzielle Risiken anzugehen. Die Prüfer können ferner die Durchführbarkeit der Prüfung bewerten, zum Beispiel die Frage, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Prüfer zu gefährlich ist, die von der Katastrophe betroffenen Gebiete aufzusuchen, die wahrscheinlichen Konsequenzen der Prüfung in Bezug auf die Verbesserung der Durchführung der Programme oder der Verwaltung der Agentur sowie der öffentlichen Meinung zu diesen Fragen. Die Ergebnisse der Prüfung werden dann nach Prioritäten geordnet. Die Prüfer entwickeln den Prüfungsplan anhand der ausgewählten Prioritäten unter Bezugnahme auf die Prüfungsentwicklungsmatrix in Anhang 3.
3. Das folgende Schaubild bietet einen Überblick über den Prozess.

¹ <http://govacc.per.gov.ie/files/2011/05/RM-Guidance-for-WebSite.pdf>.

Risikobasierte Strategie für die Prüfung des Managements von Katastrophenhilfe

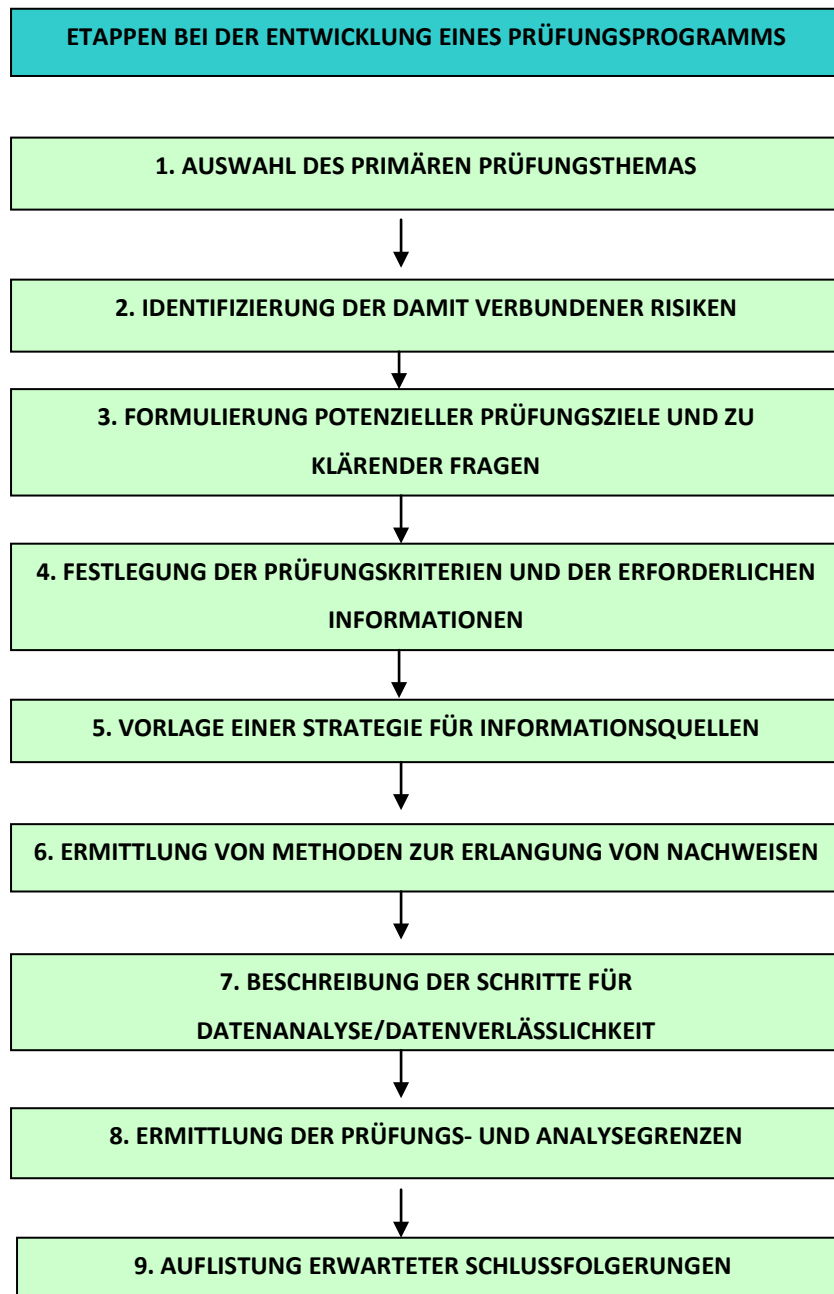


Quelle: Die ORKB von Indonesien.

Anhang 3

Prüfungsentwicklungsmatrix

Diese Matrix wurde von der ORKB von Indonesien nach INTOSAI-Leitlinien erstellt². Sie soll den Prüfern ein Werkzeug für die Entwicklung eines Prüfungsprogramms bieten. Sie setzt sich aus mehreren Etappen zusammen.



² <http://www.environmentalauditing.org/Home/WGEAPublications/StudiesGuidelines/tabid/128/Default.aspx> und http://www.wgpd.org.mx/Anexos/Meetings/03UKaudStds_i.pdf:

1. Auswahl des primären Prüfungsthemas

Dieser Schritt ist der wichtigste des gesamten Prüfungsprozesses. Die ORKB muss die Fragen im Zusammenhang mit dem Management von Katastrophenhilfe ermitteln, die für die Empfänger des Berichts am wesentlichsten sind. Wenn möglich (sofern ein entsprechendes Mandat vorliegt), sollte dies in Absprache mit dem Klienten erfolgen, um sicherzustellen, dass beide Seiten damit einverstanden sind und den wesentlichen Zweck der Prüfung genau verstehen. Eine Auswahl wesentlicher Prüfungsthemas (Maßnahmen der Katastrophenhilfe) ist Textziffer 7.2 der ISSAI 5520 zu entnehmen.

2. Identifizierung der damit verbundenen Risiken

Nach Festlegung eines Themas muss die ORKB beginnen, Risiken zu identifizieren, die die Richtung und Zielsetzung der Prüfung und die Auseinandersetzung mit den Unterthemen beeinflussen könnten. Die identifizierten Risiken können möglicherweise am Ende in die Prüfungsfeststellungen einfließen. Eine Auflistung potenzieller Risiken für jede Tätigkeit ist in Textziffer 7.2 der ISSAI 5520 enthalten.

3. Formulierung potenzieller Prüfungsziele und zu klärender Fragen

Die Identifizierung von Risiken ermöglicht es der ORKB, einen besseren Überblick über den Prüfungsablauf und mögliche Feststellungen zu gewinnen und auf diese Weise das oberste Prüfungsziel zu formulieren. Sobald ein potenzielles Prüfungsziel formuliert wurde, sollten die Prüfer zu klärende Fragen ausarbeiten, die bei der Erreichung des Prüfungsziels hilfreich sein können. Die Fragen sollten klar und zielgerichtet, fair und objektiv sein und messbare Ziele beinhalten. Sie sollten ferner umfassend genug sein, um es den Prüfern zu ermöglichen, das Prüfungsziel im vollen Umfang zu erreichen.

4. Festlegung der Prüfungskriterien und der erforderlichen Informationen

Die Prüfer sollten anschließend untersuchen, wie Antworten auf die Fragen gefunden werden können. Dieser Schritt ist für die Bestimmung der Prüfungskriterien wesentlich. Jede Frage wird entsprechende messbare Kriterien verlangen, um zu ermitteln, inwieweit die geprüfte Einheit die rechtlichen Normen einhält. Die Kriterien können auf der Grundlage von internationalen Konventionen, Übereinkommen, nationalen Rechtsvorschriften, Strategien, bewährten Verfahren und Benchmarks ausgearbeitet werden. Bei Prüfungen der Rechnungsführung und der Einhaltung rechtlicher Normen können die ORKB Kriterien anwenden, die im nationalen rechtlichen und buchhalterischen Rahmen allgemein definiert sind. Die Kriterien für Wirtschaftlichkeitsprüfungen müssen jedoch nicht zwingend Buchhaltungsunterlagen und rechtlichen Dokumenten entnommen werden. Sie sind je nach Prüfung und Fall unterschiedlich. Allerdings müssen die angenommenen Kriterien bei allen Prüfungsarten klar, relevant, nachvollziehbar und allgemein anerkannt sein.

Neben der Festlegung von Kriterien sollten die Prüfer ermitteln, welche Nachweise zur Stützung von Feststellungen, Schlussfolgerungen und potenziellen Empfehlungen vonnöten sind. Prüfungsnachweise können als materiell, dokumentarisch, zeugenbasiert oder analytisch eingeordnet werden. Die ORKB kann z. B. materielle Nachweise erheben, indem sie die Tätigkeit einer Agentur für Katastrophenmanagement beobachtet oder Prüfbesuche vor Ort vornimmt, um

interne Kontrollen zu überprüfen. Dokumentarische Nachweise können in Form von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften, Verträgen, Buchhaltungsunterlagen usw. erhoben werden. Zeugenbasierte Nachweise können durch Umfragen und Gespräche mit Agenturen für Katastrophenmanagement und Katastrophenopfern, Zielgruppen von Katastrophenexperten usw. erlangt werden. Prüfungsnachweise sollten ausreichend, aussagekräftig und zweckdienlich sein³. Siehe die ISSAI 3000, Anhang 2 für Anwendungshinweise zu Kriterien der Wirtschaftlichkeitsprüfung.

5. Vorlage einer Strategie für Informationsquellen

Dieser Schritt betrifft die Beschaffung von Informationen. Die benötigten Informationen können vorangegangenen Prüfungsberichten, Katastrophenberichten für interne und externe Beobachter, Gesprächen mit Agenturen für Katastrophenmanagement, Katastrophenopfern und Experten, Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften für Katastrophenmanagement, Crowdsourcing usw. entnommen werden. Die Prüfer sollten die Qualität der Informationen aus diesen Quellen bewerten, bevor sie sie verwenden.

6. Ermittlung von Methoden zur Erlangung von Nachweisen

Sobald die Prüfer ihre Quellen ermittelt haben, sollten sie Pläne für die Erhebung der erforderlichen Informationen erarbeiten. Um Nachweise im Rahmen einer Prüfung von Katastrophenhilfe zu erheben, kann die ORKB auf Verfahren zurückgreifen, die in allen Prüfungsarten eingesetzt werden, darunter folgende:

- a. Befragungen des Personals der Agentur für Katastrophenmanagement. Das Prüfungsteam sollte das Personal ersuchen, seine Aufgaben im Zusammenhang mit Katastrophenmanagement und der Verwaltung von Hilfsmitteln darzulegen.
- b. Untersuchung wesentlicher Unterlagen und Aufzeichnungen für jeden Managementzyklus.
- c. Beobachtung von Kontrolltätigkeiten, bei denen keine schriftlichen Prüfungsaufzeichnungen vorliegen. Das Prüfungsteam sollte einen "Walk-Through-Test" der wichtigsten Tätigkeiten innerhalb des Katastrophenhilfezyklus durchführen.

7. Beschreibung der Schritte für Datenanalyse/Datenverlässlichkeit

Nach Erhebung der erforderlichen Informationen sollten die Prüfer planen, wie sie einzusetzen sind. Das Verfahren zur Analyse der von der ORKB erhobenen Nachweise wird von den Prüfungszielen abhängen.

8. Ermittlung der Prüfungs- und Analysegrenzen

Nach der Festlegung eines Verfahrens für die Datenanalyse/Datenverlässlichkeit sollten sich die Prüfer auf die Grenzen der Prüfung und der Analyse konzentrieren. Wichtige Fragen sind:

- a. Welche Maßnahmen kommen nicht infrage?
- b. Was sind die Vorbehalte?

³ ISSAI 3000/62.

- c. Wurden die erhobenen Informationen und Nachweise überprüft?
- d. Können wesentliche Einschränkungen mit Auswirkungen auf die Informationen über die Katastrophe überwunden werden?

9. Auflistung erwarteter Schlussfolgerungen

Dieser Schritt betrifft die Erkenntnisse, die die Prüfer sich erwarten. Die Prüfer sollten

- a. potenzielle Feststellungen ermitteln;
- b. die geeignete Prüfungsschlussfolgerung auf der Grundlage der potenziellen Prüfungsfeststellungen vorhersehen.

PRÜFUNGSENTWICKLUNGSMATRIX

Die genannten Etappen werden in der untenstehenden Prüfungsentwicklungsmatrix vorgestellt. Obwohl diese Schritte in einer bestimmten Reihenfolge aufgeführt wurden, sind sie alle mehr oder weniger miteinander verknüpft.

Prüfungsthema:						
Prüfungsrisiko:						
Prüfungsziel(e):						
Zu klärende Fragen	Erforderliche Kriterien & Informationen	Strategie für Informationsquellen und -ausgestaltung	Methoden der Nachweisehebung	Datenanalysemethoden /Datenverlässlichkeit	Grenzen von Prüfung und Analyse	Erwartete Schlussfolgerungen
Was wollen Sie wissen?	Welche Informationen brauchen Sie, um die Frage zu beantworten?	Woher stammen die erhaltenen Informationen?	Wie planen Sie, die Informationen zu erhalten?	Wie wollen Sie die Informationen verwerten?	Was ist nicht möglich?	Mit welchen Feststellungen rechnen Sie?
Die Fragen sollten folgendermaßen sein: <ul style="list-style-type: none"> • Klar und spezifisch • Fair und objektiv • Messbar • Machbar Einstufung der Fragen: <ul style="list-style-type: none"> • Deskriptiv • Normativ • Auswirkungen • Perspektivisch 	Ermittlung der benötigten Nachweise: <ul style="list-style-type: none"> • Materiell • Dokumentarisch • Zeugenbasiert • Analytisch Sind Fallstudien erforderlich? Kriterien: Grundsatz des Managements von Katastrophenhilfe	Zu befragende Beamte, Experten Gesetze und sonstige Vorschriften Frühere Prüfungen Interne Prüfungsberichte Katastrophenbericht	Gespräche Fragebögen Inaugenscheinnahme Nachvollzug ("Walk-Through") Untersuchung von Dokumenten	Deskriptive Statistik Beurteilung der Datenverlässlichkeit Qualitative Analyse Kosten-Nutzen-Analyse	Was sind die Vorbehalte? Gibt es Zugangsbeschränkungen? Sind Normen für die Rechnungslegung in Verbindung mit Katastrophen vorhanden? Unterliegen die Prüfer Haushaltszwängen?	Auflistung möglicher Feststellungen Feststellungen in Bezug auf die Stichprobe Folgen vorgeschlagener Programmänderungen Umsetzungskosten der Veränderungen

Es folgt ein Beispiel für eine Prüfungsentwicklungsmatrix für ein bestimmtes Ziel im Bereich der Verteilung von Hilfen.

Prüfungsthema: Verteilung von Hilfen an Erdbebenopfer						
Prüfungsrisiko: Mögliche Verzögerungen bei der Verteilung von Hilfen						
Prüfungsziel(e): Beurteilung der Rechtzeitigkeit der Verteilung von Hilfen an die Erdbebenopfer						
Zu klärende Fragen	Erforderliche Kriterien & Informationen	Strategie für Informationsquellen und -ausgestaltung	Methoden der Nachweiserhebung	Datenanalysemethoden/ Datenverlässlichkeit	Grenzen von Prüfung und Analyse	Erwartete Schlussfolgerungen
<p>Wurden die Hilfen von der Agentur für Katastrophenmanagement rechtzeitig verteilt?</p>	<p><u>Kriterien:</u></p> <p>Gesetz zum Katastrophenmanagement</p> <p><u>Informationen:</u></p> <p>Von der Agentur für Katastrophenmanagement und Erdbebenopfern erhaltene Informationen und Berichte</p>	<p><u>Quellen:</u></p> <p>Dokumentarische und materielle Nachweise, die aus zuverlässigen Quellen (etwa geltenden Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften) und Vor-Ort-Besuchen stammen</p>	<p>Gespräche mit Erdbebenopfern, um ihre Beschreibung der Verteilung der Hilfen zu erhalten</p> <p>Gespräche mit der Agentur für Katastrophenmanagement, um einen Zeitplan für die Verteilung von Hilfen an Katastrophenopfer zu erhalten</p>	<p>Überprüfung der Gültigkeit der Informationen durch Vergleich der Rechtsvorschriften mit der aus Gesprächen und dem Nachvollzug ("Walk-Through") hervorgehenden aktuellen Situation</p>	<p>Es werden alle bekannten Probleme oder Einschränkungen in Verbindung mit den Nachweisen beschrieben</p>	<p>Wir werden Diskrepanzen zwischen dem Zeitplan gemäß dem aktuellen Rechtsrahmen und der Hilfsmittelverteilung ermitteln</p> <p>Wir werden etwaige Verzögerungen bei der Verteilung der Hilfen aufzeigen</p>

Anhang 4:

Beispiel für Leitlinien zur Katastrophenprüfung für Prüfer aus dem Privatsektor

Erstellt von der ORKB von Chile

1. Die folgenden Leitlinien für die Katastrophenprüfung wurden von der ORKB von Chile in Zusammenarbeit mit Vertretern von Geberorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, privaten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und dem Innenrevisionsrat der chilenischen Regierung (*Consejo de Auditoría Interna General de Gobierno*) erstellt. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden von der ORKB Chile auch normsetzende Institute auf dem Gebiet der Rechnungslegung, Rechnungslegungs- und Rechnungsprüfungsorgane und -kollegien sowie Vertreter verschiedener Regierungsstellen im Bereich der Katastrophenhilfe und Prüfung einbezogen. Die ORKB von Chile erstellte die Leitlinien auf der Grundlage ihrer eigenen Prüfungsverfahren. Die Leitlinien wurden von den Vertretern der Geberorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, privaten Prüfungsgesellschaften, dem Innenrevisionsrat der chilenischen Regierung und der ORKB von Chile geprüft und genehmigt. Sie wurden ferner durch private Prüfer einer NRO für humanitäre Angelegenheiten in Chile getestet. Nähere Informationen sind dem Abschlussbericht der WG AADA zu entnehmen.

2. Die Leitlinien führen die Prüfer durch die folgenden Prüfungsetappen:
 - Kontrolle des Umfelds
 - Informationsanalyse
 - Auswahl der Begünstigten
 - Empfang und Auslieferung von Mitteln
 - Buchführung über Hilfsmittel
 - Interne Kontrollen und Erreichung von Zielsetzungen

Die Schritte sind im folgenden Flussdiagramm zusammengefasst.

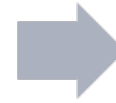
Kontrolle des Umfelds

- Dieser Schritt fällt in die Anfangsphase, in der der Prüfer ein allgemeines Verständnis der bei der Empfängereinrichtung in Bezug auf Notfälle und Katastrophen üblichen Modalitäten erwirbt, hierzu gehören ihre organisatorische Struktur, die geltenden Rechtsvorschriften, ihre Verfahren, Aufzeichnungen, Spendenabkommen, Koordinierung mit anderen Einrichtungen usw. In dieser Phase führt der Prüfer Gespräche oder wendet sonstige Techniken an.



Informationsanalyse

- Dieser Schritt fällt in die Phase, in der Informationen, die aus der Befragung in der vorangegangenen Phase der Umfeldkontrolle hervorgegangen sind, erhoben und geprüft werden, um die Informationen zu bestätigen und einen ersten Überblick über das Funktionieren der Einrichtung im Zusammenhang mit Notsituationen zu erhalten.



Auswahl und Zulassung

- Dieser Schritt fällt in die Phase, in der die Begünstigten auf der Grundlage der von der Einheit festgelegten Verfahren und der von der Gebereinrichtung bestimmten Zwecke ausgewählt und zugelassen werden.



Empfang und Auslieferung von Mitteln

- Dieser Schritt fällt in die Phase, in der die Empfängereinrichtung die Mittel entgegennimmt und anschließend den Begünstigten aushändigt; dies schließt auch die Kontrolle ein, welche die Hilfe empfangende und weiterleitende Einheit über die am Prozess beteiligten Stellen ausüben muss.



Rechnungslegung

- Die Phase der Prüfung, in der die Rechnungslegung angefordert, geprüft und bestätigt wird, um sicherzustellen, dass die Mittel für die vorgesehenen Zwecke eingesetzt wurden.



Kontrolle und Nachbereitung

- Diese Phase umfasst die Überprüfung der Frage, ob die Empfängereinrichtung interne Kontrollen vorsieht, um die Zielsetzungen in Bezug auf den Einsatz der Mittel zu erreichen.

KONTROLLE DES UMFELDS: Dieser Schritt fällt in die Anfangsphase, in der der Prüfer ein allgemeines Verständnis der bei der Empfängereinrichtung in Bezug auf Notfälle und Katastrophen üblichen Modalitäten erwirbt, hierzu gehören ihre organisatorische Struktur, die geltenden Rechtsvorschriften, ihre Verfahren, Aufzeichnungen, Spendenabkommen, Koordinierung mit anderen Einrichtungen usw. In dieser Phase führt der Prüfer Gespräche oder wendet sonstige Techniken an.

PHASE DER KONTROLLE DES UMFELDS		JA	NEIN	GRUND
1	Unterliegt die Empfängereinrichtung bestimmten Rechtsvorschriften?			
2	Gibt es Strategien, Anleitungen oder interne Verfahren zur Handhabung der erhaltenen und gelieferten Mittel?			
3	Gibt es spezifische Strategien, Anleitungen oder interne Verfahren zur Handhabung der erhaltenen und gelieferten Mittel in Katastrophensituationen?			
4	Sehen die internen Verfahren eine Aufgabentrennung in der Finanzabteilung vor (Autorisierung von Zahlungen und zeichnungsberechtigte Personen)? Werden diese in Notsituationen angepasst?			
5	Gibt es definierte Verfahren für die Verteilung von Mitteln oder Gütern an Begünstigte? Werden diese in Notsituationen angepasst?			
6	Ist eine organisatorische Struktur für den Umgang mit Notsituationen vorhanden, die mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet ist?			
7	Gibt es ein System für die Registrierung von Begünstigten, das für die Situation zweckdienlich ist?			
8	Gibt es ein Verzeichnis der Mittel, die an die Begünstigten geliefert werden?			
9	Gibt es einen Spendenvertrag, eine -vereinbarung oder ein -abkommen?			
10	Ist im Vertrag, der Vereinbarung oder dem Abkommen der Zweck der Spende ausdrücklich genannt?			
11	Hat der Geber Einschränkungen für die Handhabung der gespendeten Mittel auferlegt?			
12	Findet Koordinierung mit anderen öffentlichen oder privaten Organen statt, die sich mit Notsituationen befassen? (Art der Koordinierung und Ziele sind anzugeben).			
13	Besteht genügend Schutz für die gespendeten Güter?			
14	Sind Verfahren vorhanden, um die Lieferung der Mittel oder Güter an die Begünstigten zu belegen?			
15	Gibt es ein gesondertes Verzeichnis für gespendete Mittel?			
16	Gibt es gegebenenfalls Kontrollen über die Einhaltung von Gesundheitsvorschriften oder Ähnlichem bei der Lagerung der Güter?			

INFORMATIONSANALYSE: Dieser Schritt fällt in die Phase, in der Informationen, die aus der Befragung in der vorangegangenen Phase der Umfeldkontrolle hervorgegangen sind, erhoben und geprüft werden, um die Informationen zu bestätigen und einen ersten Überblick über das Funktionieren der Einrichtung im Zusammenhang mit Notsituationen zu erhalten.

PHASE DER INFORMATIONSANALYSE		
Nr.	Test	Verfahren
1	Überprüfung der Kohärenz der Strategien, Anleitungen oder Verfahren für empfangene Spenden.	Prüfen, ob solche Vorschriften klar und auf neuestem Stand sind und den Zwecken der Spende entsprechen.
2	Analyse der Verträge	Prüfen, ob in den Verträgen, Vereinbarungen oder Abkommen die Zwecke der Spende klar festgelegt sind.
3	Überprüfung der Kompetenz des Katastrophenschutzbeauftragten	Ermitteln, ob der Katastrophenschutzbeauftragte mit den oben genannten Dokumenten vertraut ist und ob er für die Durchführung der ihm anvertrauten Aufgaben (einschließlich der Verfahren für die Verteilung der Mittel) geschult wurde.
4	Prüfen der wesentlichen Inhalte der Datenbank der Gesamtheit der Begünstigten	Zur korrekten Analyse der Datenbank muss diese mindestens folgende Informationen enthalten: a) Vor- und Nachname des Begünstigten; b) Adresse und Region, in der er die Leistung erhalten hat; c) an ihn verteilte finanzielle und materielle Mittel; d) Datum der Lieferung der Hilfe; e) einzige Identifikationsnummer des Begünstigten; f) Geber der Mittel; und g) Zweck der Spende.
5	Bestätigung des Bestehens eines Systems für die Aufzeichnung und Verwaltung der Bereitstellung der Leistung	Überprüfen, dass die Daten der Begünstigten und die Verwaltung der Mittel in einem Verzeichnis erfasst sind, das mindestens den folgenden Anforderungen genügt: • Es gestattet NICHT, dass eine Leistung mehr als einmal demselben Begünstigten gewährt wird. • Es gestattet NICHT die Eingabe der einzigen Identifikationsnummer eines Begünstigten.
6	Überprüfen der Koordinierung mit anderen Einrichtungen	Überprüfen, ob Informationen vorliegen, die die Koordinierung mit anderen mit der Bewältigung von Notsituationen befassten Einrichtungen belegen (Protokolle, Vereinbarungen oder Übereinkommen).
7	Untersuchung der Verwaltung der Mittel	Prüfen, ob es ein geeignetes System für die Verwaltung der gespendeten Güter und Mittel gibt. (In Bezug auf Güter sind zu berücksichtigen: Empfang, Lagerung, Schutz und Lieferung)
8	Prüfung der Nachweise über die Lieferung der Mittel an die Begünstigten	Prüfen, ob das entsprechende Verzeichnis die Anforderungen des formellen Verfahrens zum Nachweis der Lieferung erfüllt hat, unabhängig davon, wer diese durchgeführt hat.
9	Untersuchung des Spendenverzeichnisses	Ermitteln, ob das Verzeichnis klare, präzise Informationen über die erhaltenen gespendeten Mittel und/oder Güter enthält, damit sie mit den gelieferten Mitteln abgeglichen werden können.
10	Prüfung der Einhaltung von Gesundheitsvorschriften	Analysieren und gegebenenfalls prüfen, ob geeignete Schutzvorrichtungen in Depots für materielle Mittel zur Einhaltung von Gesundheitsvorschriften oder entsprechenden einschlägigen Vorschriften vorhanden sind.

AUSWAHL UND ZULASSUNG: Dieser Schritt fällt in die Phase, in der die Begünstigten auf der Grundlage der von der Einheit festgelegten Verfahren und der von der Gebereinrichtung bestimmten Zwecke ausgewählt und zugelassen werden.

PHASE DER AUSWAHL UND ZULASSUNG		
Nr.	Test	Verfahren
1	Entscheidung über die Auswahl der Stichprobe	Auswahl einer repräsentativen Stichprobe zugelassener Begünstigter auf der Grundlage der von der jeweiligen Einrichtung gebilligten Kriterien.
2	Überprüfung der Einhaltung von Verfahren	Durchführen eines Reichweitentests für bestimmte Vorgänge zur Beurteilung der Einhaltung des von der Organisation festgelegten Verfahrens für die Auswahl und Zulassung, basierend auf der ausgewählten Stichprobe.
3	Analyse der Erfassung des Begünstigten im Registrierungssystem	Überprüfen, dass für jeden Begünstigten ein Beleg der Spende aufbewahrt wird, der mindestens folgende Angaben enthalten muss: a) Vor- und Nachname des Begünstigten; b) Adresse und Region, in der er die Leistung erhalten hat; c) finanzielle und materielle Mittel, die ihm ausgehändigt wurden; d) Datum der Lieferung der Hilfe; e) einzige Identifikationsnummer des Begünstigten; f) Geber der Mittel; und g) Zweck der Spende.
4	Überprüfen, dass Leistungen nicht doppelt bereitgestellt werden	Nachprüfen im Verzeichnis der gelieferten Mittel, um sicherzustellen, dass Leistungen derselben Person oder Einrichtung nicht zweimal gewährt werden. Die Analyse kann durch Werkzeuge wie ACL, Excel oder andere erfolgen.
5	Prüfung der Übereinstimmung zwischen den vom Geber festgelegten Zwecken und den zugelassenen Begünstigten	Abgleichen der vom Geber bestimmten Zwecke mit den Eigenschaften der zugelassenen Begünstigten, um zu überprüfen, ob sie übereinstimmen.

EMPFANG UND AUSLIEFERUNG VON MITTELN: Dieser Schritt fällt in die Phase, in der die Empfängereinrichtung die Mittel entgegennimmt und anschließend den Begünstigten aushändigt; dies schließt auch die Kontrolle ein, welche die Hilfe empfangende und weiterleitende Einrichtung über die am Prozess beteiligten Stellen ausüben muss.

PHASE DES EMPFANGS UND DER AUSLIEFERUNG VON MITTELN			
	Nr.	Test	Verfahren
Betreffend die empfangenen Mittel	1	Überprüfung der erfolgten Eintragung der Mittel	Überprüfen, ob die empfangenen Mittel mithilfe von Buchführungsunterlagen, abhängig von der Art der Spende, kontrolliert werden und ob die Mittel auf einem ausschließlich dafür genutzten Bankkonto eingehen oder, im Fall von Sachspenden, ob geeigneter physischer Schutz besteht. Außerdem überprüfen, ob die erforderlichen Kontrollen zum Schutz solcher Mittel bestehen.
	2	Überprüfung der Bescheinigung der Spende	Prüfen, dass die Empfängereinrichtung der Geberorganisation eine Empfangsbestätigung ausstellt.
Betreffend die gelieferten Mittel	3	Überprüfung des Zeitpunkts der Lieferung der Mittel	Überprüfen, dass die Mittel jedem der Begünstigten zur vorgesehenen Zeit auf der Grundlage der von der jeweiligen Einrichtung festgelegten Kriterien gewährt werden.
	4	Prüfung der Kontrolle der Mittel	Prüfen, dass die Bereitstellung der Mittel in einem System erfasst wird, das eine wirksame Kontrolle gestattet.
	5	Überprüfung des formalen Verfahrens für die Lieferung von Mitteln	Prüfen, ob die Entgegennahme der Mittel durch die Begünstigten bestätigt wird, außer in besonderen Fällen, in denen die Empfängereinrichtung schriftliche Nachweise über die Bereitstellung der Leistung in Form einer Bescheinigung auszustellen hat.

RECHNUNGSLEGUNG: Die Phase der Prüfung, in der die Rechnungslegung angefordert, geprüft und bestätigt wird, um sicherzustellen, dass die Mittel für die vorgesehenen Zwecke eingesetzt wurden.

RECHNUNGSLEGUNGSPHASE		
Nr.	Test	Verfahren
1	Rechnungslegungsbericht	Prüfung des Bestehens eines Rechnungslegungsberichts der Empfängereinrichtung über die Verwendung und Bestimmung der erhaltenen Mittel.
2	Details der Rechnungslegung	Prüfung des Bestehens eines Rechnungslegungsformats, das eingenommene, ausgegebene und nicht verwendete Mittel beinhaltet. Das Format muss mindestens folgende Elemente enthalten: 1) Angaben zu Sicherungsunterlagen. 2) Auflistung der von der Geberinstitution ausgezahlten Beiträge und der Abzüge im Rahmen der Auslieferung an die Begünstigten. 3) Restmittelbeträge, die mit den entsprechenden Aufzeichnungen in den Geschäftsbüchern für denselben Zeitraum übereinstimmen müssen. 4) Die Unterschriften und Genehmigungen zuständiger Beamter.
3	Bestätigung der durch den Geber bereitgestellten Beträge	Abgleichen mit den Einrichtungen, die die Mittel gespendet haben, um die bei der Empfängereinrichtung erfassten Beträge zu bestätigen.
4	Durchführung einer Prüfung des Rechnungslegungsdossiers	Zu prüfende Fragen: 1) Stimmt das Datum der Rechnungslegung mit dem in der Vereinbarung vorgesehenen Zeitraum überein? 2) Liegen die Belege im Original vor (materielle oder elektronische Belege)? 3) Stimmen die Quittungen mit der Art und dem Zweck der Mittel überein? 4) Sind für alle Sicherungsdokumente für die Rechnungslegung Kontrollen vorgesehen, um ihre Wiederverwendung zu verhindern? 5) Ist die Rechnungslegung durch den zuständigen Beamten autorisiert oder abgezeichnet, wie im Übereinkommen festgelegt?
5	Prüfung der Ausgabenquittungen	Diesbezüglich zu prüfende Fragen: 1) Sind die Bögen vordruckerseitig und korrelativ? 2) Stimmen der Name des Gläubigers oder Empfängers mit dem in den Sicherungsdokumenten genannten Namen überein? 4) Stimmt das Datum der Ausstellung des Schecks bzw. der elektronischen Überweisung mit den Sicherungsdokumenten überein? Ferner sicherstellen, dass jeder dem Lieferanten ausgestellte Scheck im anschließenden Kontoauszug als abgebucht erscheint. 5) Wurden die gegenwärtig geltenden Steuerregelungen in Bezug auf Spenden eingehalten?
6	Physische Überprüfung	Durchführung von Prüfungen vor Ort oder auf andere zweckdienliche Weise, um Folgendes zu überprüfen: 1) Identität des Begünstigten. 2) Entsprechen die der Zielgruppe gelieferten den zugesagten Mitteln (falls notwendig, einschließlich der Unterstützung durch Experten)?

7	Prüfung der Warenlagerung	Gegebenenfalls prüfen, ob Kontrollen für die Verwahrung und Stapelung von Gütern durchgeführt werden, um ihren korrekten Schutz sicherzustellen.
8	Analyse des Bestehens überschüssiger Mittel	Prüfen, ob die Einrichtung einen Überschuss an Mitteln verzeichnet hat und ob diese gemeldet, später verwendet oder an die Gebereinrichtung retourniert oder (so wie mit dem Geber vereinbart) umverteilt wurden.
9	Prüfung anderer Verpflichtungen gemäß der Vereinbarung	Prüfen, ob sonstige Verpflichtungen, die in der Spendenvereinbarung festgelegt sind und nicht behandelt wurden, erfüllt wurden.
10	Prüfung von Beschaffungsverfahren	Gegebenenfalls prüfen, ob Verfahren für den Kauf von Gütern und/oder Dienstleistungen bestehen.

KONTROLLE UND NACHBEREITUNG: Diese Phase umfasst die Überprüfung der Frage, ob die Empfängereinrichtung interne Kontrollen vorsieht, um die Zielsetzungen in Bezug auf den Einsatz der Mittel zu erreichen.

PHASE DER KONTROLLE UND NACHBEREITUNG	
Test	Verfahren
Analyse der Frage, ob in Bezug auf die durchgeführten Transaktionen Verfahren zur Nachbereitung vorgesehen sind.	Gegebenenfalls prüfen, ob die Empfängereinrichtung über Überwachungs- und Kontrollverfahren für den Einsatz der ausgelieferten Mittel verfügt.

GLOSSAR ZU DEN LEITLINIEN FÜR DIE KATASTROPHENPRÜFUNG FÜR PRÜFER AUS DEM PRIVATSEKTOR BEWÄLTIGUNG VON NATUR- ODER VOM MENSCHEN VERURSACHTEN KATASTROPHEN		
Nr.		
1	Begünstigter	Eine Person oder Gruppe von Personen, denen Mittel jeglicher Art gewährt werden, um die Folgen der Katastrophe, von der sie betroffen ist, zu mindern.
2	Güter	Dieser Begriff bezieht sich auf die materiellen Mittel, die zur Verteilung an die Begünstigten verfügbar sind.
3	Depot	Ein Ort, an dem materielle Mittel bis zur Auslieferung an die Begünstigten gelagert werden.
4	Lieferbescheinigung für Leistungen	Ein Dokument, das belegt, dass die Mittel jedem Begünstigten ausgehändigt wurden. Sie ist von der begünstigten Person zu unterzeichnen und wenn dies nicht möglich ist, von der Organisation, die diese Mittel liefert.
5	Ausgabenquittung	Ein Dokument, das im Rahmen der Buchhaltung der Organisation dazu dient, Informationen im Zusammenhang mit durchgeführten Zahlungen aufzuzeichnen.
6	Bestätigung	Nachweis, mit dem der Geber innerhalb eines bestimmten Zeitraums die Informationen in Bezug auf die der Empfängereinrichtung

		bereitgestellten Mittel bestätigt.
7	Spendenvertrag, -vereinbarung oder -abkommen	Dokument, gemäß dem die Geberorganisation einer Empfängereinrichtung Mittel bereitstellt, damit diese die für die vorgesehenen Begünstigten oder Zielgruppen gespendeten Beiträge im Einklang mit den vereinbarten Bedingungen weiterleitet.
8	Buchhaltungsregister	Verzeichnis, mit dem wirtschaftliche Elemente oder Maßnahmen eines Unternehmens ausgewiesen und klassifiziert werden können.
9	Katastrophe	Ein schwerer Einschnitt in die Lebensbedingungen von Einzelnen oder einer Gemeinschaft oder eine Schädigung von Eigentum, verursacht durch ein natürliches Phänomen oder durch menschliches Eingreifen, gleich ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt; der/die mit lokal bereitgestellten oder gebündelten Mitteln und Ressourcen nicht zu beherrschen ist und der/die zur Bewältigung der Situation die Unterstützung und Koordinierung öffentlicher und privater Organe aus dem In- und Ausland mit personellen, operativen und materiellen Mitteln bei der Initiierung und Umsetzung von Maßnahmen in Form von Dienstleistungen und Reaktionen verlangt.
10	Steuervorschriften	Vorschriften über die steuerlichen Verpflichtungen in Verbindung mit den untersuchten Tätigkeiten.
11	Belege oder Sicherungsdokumentation	Eine aufeinanderfolgende Reihe von Belegen auf Papier oder in elektronischer Form, die der Sicherung der von der Organisation durchgeführten Tätigkeiten dienen.
12	Spende	Mittel jeglicher Art, die ein Geber ohne Gegenleistung bereitstellt, um von einer Notsituation oder Katastrophe betroffenen Menschen zu helfen.
13	Geber	Ein lokales oder internationales Organ, das einer Empfängereinrichtung ohne Gegenleistung Mittel bereitstellt, damit durch diese Einrichtung Menschen, die von einer wie auch immer gearteten Notsituation oder Katastrophe betroffen sind, geholfen werden kann.
14	Empfängereinrichtung	Das Organ, das die Mittel vom Geber entgegennimmt und dessen Aufgabe es ist, Hilfe an jene Menschen weiterzuleiten, die von einer wie auch immer gearteten Notsituation oder Katastrophe betroffen sind.
15	Doppelte Gewährung von Leistungen	Bezieht sich auf ein Risiko, das bei internen Kontrollmängeln in der Empfängereinrichtung auftreten kann, namentlich dass eine Leistung einem Begünstigten mehrmals gewährt wird.
16	Notsituation	Ein schwerer Einschnitt, der ein Risiko für das Leben von Menschen oder eine Schädigung von Eigentum darstellt, verursacht durch ein natürliches Phänomen oder durch menschliches Eingreifen, gleich ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt, der die Menschen trifft, aber mit den Mitteln der Ortschaft, des Gebiets oder der Gemeinschaft in den Griff zu bekommen ist, wenn sie durch externe Mittel und Ressourcen aufgestockt werden.
17	Katastrophenschutzbeauftragter	Person innerhalb der Empfängereinrichtung, die für die Leitungs-, Koordinierungs- und Kontrolltätigkeiten in Notsituationen oder bei Katastrophen zuständig ist.
18	Experte	Person mit technischen Kenntnissen und Erfahrung in einem spezifischen Aktionsbereich.
19	Kontroll- und Nachbereitungsphase	In dieser Phase wird überprüft, ob die Empfängereinrichtung interne Kontrollen vorsieht, um die Zielsetzungen für den Einsatz der Mittel zu erreichen.

20	Überschüssige oder nicht verwendete Mittel	Restmittel, die nach der entsprechenden Lieferung an die Zielgruppe von Begünstigten verbleiben.
21	Rechnungslegungsakte	Angaben der Empfängereinrichtung, die aus ihren Informationssystemen stammen und sich aus Einnahmen-, Ausgaben- und Überweisungsbelegen, ergänzt durch Sicherungsdokumentation, zusammensetzen, die die während eines bestimmten Zeitraums im Zuge ihrer Tätigkeit durchgeführten Transaktionen belegen.
22	Einzigste Identifikationsnummer des Begünstigten	Eine einzige Zahlenreihe, durch die jeder Bewohner eines bestimmten Landes identifiziert wird, z. B. Nummer des Reisepasses, des Personalausweises usw.
23	Rechnungslegungsbericht	Instrument, mit dem die Empfängereinrichtung den Geber in Form eines Dokuments über die Verwaltung der erhaltenen Mittel informiert.
24	Erfassung von Mitteln	Teil des Prozesses des Empfangs der gespendeten Mittel.
25	Repräsentative Stichprobe der Begünstigten	Die Anzahl der Begünstigten, auf die sich die Untersuchung konzentriert, ausgewählt aus der Gesamtheit der Begünstigtenverzeichnisse oder -akten, die der Empfängereinrichtung zur Verfügung stehen.
26	Zweck der Spende	Der vom Geber für die gespendeten Mittel festgelegte Zweck.
27	Beschaffungsverfahren	Verfahren, die von der Empfängereinrichtung bei Beschaffungen angewandt werden.
28	Mittel	Dieser Begriff umfasst Beiträge jeglicher Art, die monetär oder finanziell, physisch oder materiell, Dienstleistungen oder sonstige Beiträge sein können und zur Hilfeleistung in Notsituationen oder bei Katastrophen geleistet werden.
29	Gelieferte Mittel	Bezieht sich auf die von der Empfängereinrichtung an die Begünstigten gelieferten Mittel.
30	Erhaltene Mittel	Bezieht sich auf die vom Geber an die Empfängereinrichtung gelieferten Mittel.
31	Begünstigtenverzeichnis	Ein System, in dem die Gesamtheit der Begünstigten erfasst und gespeichert ist und das die zur geeigneten Identifizierung jedes Einzelnen erforderlichen Informationen enthält.
32	Physischer Schutz bzw. Verwahrung von Gütern	Lagerung physischer Mittel unter Bedingungen, die ihrer Natur entsprechen, gegebenenfalls in Übereinstimmung mit Sanitär- oder Gesundheitsnormen oder entsprechenden Vorschriften.
33	Auswahl der Stichprobe	Verfahren, bei dem eine repräsentative Gruppe von Einträgen unter Anwendung statistischer oder anderer einschlägiger Methoden aus der Gesamtheit der Begünstigten ausgewählt wird, die dann Gegenstand der Überprüfung ist.
34	Gesamtheit der Begünstigten	Dieser Begriff bezieht sich auf alle Menschen, die von einer Notsituation oder Katastrophe betroffen sind, die für den Erhalt von Mitteln zur Linderung der sie betreffenden Situation berechtigt sind.
35	Physische Überprüfung	Bestätigung der tatsächlichen Lieferung der Mittel durch Überprüfung der Identität des Begünstigten und der Güter, die er erhalten hat.

Anhang 5

Beispiele für Prüfungen von Katastrophenhilfe

In der folgenden Tabelle sind Beispiele für Prüfungen von Katastrophenhilfe durch ORKB in Bezug auf Rehabilitierungs- und Soforthilfe- sowie Wiederherstellungs- und Wiederaufbaumaßnahmen in Notsituationen aufgelistet.

Jahr	Land	Themenbereich
2006	Australien	Vereinbarungen zur Verwaltung und Rechnungslegung von Hilfsmitteln, die im Rahmen der Partnerschaft für Wiederaufbau und Entwicklung zwischen Australien und Indonesien bereitgestellt wurden (<i>Arrangements to Manage and Account for Aid Funds Provided Under the Australia-Indonesia Partnership for Reconstruction and Development</i>)
2004	Tschechische Republik	Staatliche Unterstützung in Form von Hochwasserprogrammen zur Wiederbelebung der 2002 von Hochwasser betroffenen Regionen ⁴
2006	EuRH	Sonderbericht über die humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission nach dem Tsunami (SB 3/2006) ⁵
2007	Indonesien	Nias Kabupaten und Nias Selatan: Wiederherstellung und Wiederaufbau von Straßen (BRR, <i>Rehabilitation and Reconstruction Agency</i>) ⁶
2007	Japan	Durchführungsstatus der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA, <i>Official Development Assistance</i>) ⁷
2006	Korea	Einrichtung und Betrieb des nationalen Hilfssystems für Katastrophenmanagement (NDMSS, <i>National Disaster Management Support System</i>) ⁸
2009	Kirgisistan	Prüfung des Umgangs mit öffentlichen Geldern und spezifischen Mitteln sowie Analyse der funktionellen Tätigkeit des Ministeriums für Notsituationen der Kirgisischen Republik und seiner strukturellen Unterabteilungen
2000	Lesotho	Die Verteilung von Nahrungsmittelhilfe
2006	Norwegen	Prüfung der norwegischen Unterstützung durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bei der Tsunamikatastrophe
2000	Papua-Neuguinea	Umsiedlung und Wiederherstellung von Gemeinschaften, Dienstleistungen und öffentlicher Infrastruktur nach dem Vulkanausbruch von Rabaul 1994

⁴ <http://www.nku.cz/scripts/detail.asp?id=948>

⁵ http://www.eca.europa.eu/audit_reports/special_reports/docs/2006/rs03_06de.pdf.

⁶ Contact asosai@bpk.go.id for more details.

⁷ <http://report.jbaudit.go.jp/org/h19/2007-h19-1069-0.htm>.

⁸ <http://www.bai.go.kr/>.

		- <i>Gazelle Restoration Authority</i>
2009	Polen	Unterstützung für die Opfer des Tornados vom 15. August 2008 und die Beseitigung seiner Folgen in den Regionen Oppeln und Schlesien
2006	USA	HURRIKAN KATRINA: Umfassende Strategien und Verfahren sind vonnöten, um einen geeigneten Einsatz der internationalen Unterstützung und ihre Rechenschaftspflicht sicherzustellen (<i>Comprehensive Policies and Procedures Are Needed to Ensure Appropriate Use of and Accountability for International Assistance</i>) ⁹
2009	Indonesien	Prüfung der Vorbereitung auf den Katastrophenfall und der Katastrophenverwaltung durch die Regierung und die Agenturen für Katastrophenmanagement infolge des Erdbebens im Westen von Java ¹⁰ .
2009/10	Ungarn	Beurteilung des regulatorischen und institutionellen Systems zur Katastrophenverwaltung
2011	Frankreich	Die Mittel der Tsunamiopferverbände ¹¹
2012	Frankreich	Erkenntnisse aus den Überschwemmungen an der Atlantikküste (Xynthia) und im Var-Gebiet 2010 ¹²
2013	Frankreich	Französische Hilfe für Haiti im Anschluss an das Erdbeben vom 12. Januar 2010 ¹³
2012	Niederlande	Rechnungslegung für die Hilfsmittel an Haiti 2011 ¹⁴
2008-2011	China	Prüfung der Rechnungsführung der Rehabilitation und des Wiederaufbaus nach dem Wenchuan-Erdbeben in China - Echtzeitprüfung ¹⁵
2012	Japan	Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Rehabilitation und des Wiederaufbaus nach dem Großen Erdbeben in Ostjapan ¹⁶
2012	Japan	Entsorgung von Katastrophenabfällen, die durch das Große Erdbeben von Ostjapan verursacht wurden ¹⁷
2006	Indien	Wirtschaftlichkeitsprüfung der Soforthilfe- und Wiederherstellungsmaßnahmen nach dem Tsunami 2004 ¹⁸

⁹ <http://www.gao.gov/new.items/d06460.pdf>.

¹⁰ Mehr hierzu bitte E-Mail an: asosai@bpk.go.id for.

¹¹ <http://www.ccomptes.fr/fr../Publications/Publications/Fonds-des-associations-pour-les-victimes-du-tsunami>.

¹² <http://www.ccomptes.fr/fr../Publications/Publications/Les-enseignements-des-inondations-de-2010-sur-le-littoral-atlantique-Xynthia-et-dans-le-Var>.

¹³ <http://www.ccomptes.fr/fr../Publications/Publications/L-aide-francaise-a-Haiti-apres-le-seisme-du-12-janvier-2010>.

¹⁴ [http://www.courtofaudit.nl/english/Publications/Audits/Introductions/2012/11/Accounting for Haiti aid funds 2011](http://www.courtofaudit.nl/english/Publications/Audits/Introductions/2012/11/Accounting%20for%20Haiti%20aid%20funds%202011).

¹⁵ www.cnao.gov.cn/main/articleshow_ArtID_1253.htm.

¹⁶ <http://report.jbaudit.go.jp/org/h23/2011-h23-1031-0.htm>.

¹⁷ <http://report.jbaudit.go.jp/org/h23/2011-h23-1268-0.htm>.

¹⁸ http://www.cag.gov.in/html/reports/civil/2006_20_peraud/20%20OF%202006/introduction.htm.

2011	Indonesien	Prüfungsbericht zur Katastrophenhilfemanagement und zur Rechenschaftspflicht in der Wiederherstellungs- und Wiederaufbauphase ¹⁹
2012	Neuseeland	Rollen, Zuständigkeiten und Finanzierung öffentlicher Stellen nach den Canterbury-Erdbeben (<i>Roles, responsibilities, and funding of public entities after the Canterbury earthquakes</i>) ²⁰
2008	Europäische Kommission	Rehabilitationshilfe der Europäischen Kommission nach dem Tsunami und dem Hurrikan Mitch ²¹
2005	Sri Lanka	Zwischenbericht zur Wiederherstellung der Verluste und Schäden nach der Tsunami-Katastrophe in Sri Lanka ²²

¹⁹ Für weitere Informationen bitte E-Mail an: contact.asosai@bpk.go.id.

²⁰ <http://www.oag.govt.nz/2012/canterbury>.

²¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SRCA:2008:06:FIN:DE:PDF>.

²² <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/1881964.PDF>.

Anhang 6

Prüfung der Rechnungsführung der Notfallmaßnahmen nach dem Erdbeben in Pisco, Peru

Erstellt von der ORKB von Peru²³

1. Am 15. August 2007 ereignete sich im Süden Perus ein Erdbeben, von dem sieben Provinzen betroffen waren und bei dem 596 Todesopfer, 1 289 Verletzte und 431 313 Obdachlose sowie 91 240 zerstörte Wohnhäuser zu verzeichnen waren.
2. Der Comptroller General der Republik berief einen Ad-Hoc-Ausschuss (Krisenausschuss) ein, der ein Team von in das Katastrophengebiet abgeordneten Prüfern leiten und überwachen sollte. Das Team hatte die folgenden Aufgaben:
 - Prüfung der Katastrophenhilfe;
 - Identifizierung der Risiken, die sich negativ auf das Katastrophenmanagement durch die zuständigen Stellen auswirken könnten;
 - rechtzeitige Warnmeldungen an die am Katastrophenmanagement beteiligten Stellen.

Das Team wurde angewiesen, die Notfallmaßnahmen nicht zu behindern. Die Anwesenheit des Prüferteams am Schauplatz der Katastrophe sollte u. a. eine abschreckende Wirkung in Bezug auf mögliche dolose Handlungen und Korruption haben.
3. Das Team sollte die folgenden Aktivitäten beobachten:
 - Sammlung und Lagerung von Gütern;
 - Verteilung von Gütern an die Opfer und
 - Überprüfung der Schäden an der physischen Infrastruktur.
4. Zu diesem Zweck unternahm das Team folgende Schritte:
 - Ermittlung der für das Katastrophenmanagement zuständigen Agenturen sowie ihrer Rolle und Zuständigkeiten;
 - Beobachtung der Sammlung und Lagerung der erhaltenen gespendeten Hilfsgüter;
 - Überprüfung der Quellen der Spenden, der Mitteltransfers, der Lagerung der gespendeten Güter und der Verteilungsmechanismen;
 - Erfassung der mit den Maßnahmen verbundenen Risiken, von Beschreibungen der erhaltenen Spenden, des Zustands der empfangenen Spenden und der Art der Aufbereitung der Informationen;

²³ www.contraloria.gob.pe/cgr/publicaciones/informes_cgr.

- Kontrollbesuch in den Lagerhäusern, um mögliche Risiken für die Sicherheit, Kontrolle und Aufbewahrung der gespendeten Güter zu dokumentieren;
- Untersuchung der Verteilung von Gütern von den Lagerhäusern bis zur Auslieferung an die Opfer, um mögliche Risiken in Verbindung mit dem Transport der Güter an ihren Bestimmungsort zu dokumentieren.

5. Das Team ging Beschwerden und Klagen seitens der betroffenen Bevölkerung nach.

6. Die Feststellungen wurden in einem konsolidierten Bericht zusammengefasst und dem Krisenausschuss unterbreitet. Der Krisenausschuss wiederum übermittelte den konsolidierten Bericht dem Präsidenten, dem Nationalen Institut für Zivilschutz, dem Ministerium für Bildung sowie den Regional- und Lokalregierungen, um die Empfehlungen umzusetzen.

7. Es folgt eine Zusammenfassung des konsolidierten Berichts.

Teil I, Einführung umfasste die Zielsetzung, den Umfang und die Chronologie des Erdbebens, gesetzliche und Regierungsmaßnahmen, Sach- und Geldspenden einschließlich von Bankkonten für Spendenüberweisungen aus dem Ausland.

Teil II, Feststellungen ist den Prüfungsfeststellungen gewidmet.

- a. Nicht alle öffentlichen Organe, die das Zivilschutzsystem des Landes bilden, hatten unverzüglich Maßnahmen eingeleitet, um andere Regierungsbehörden, die auf eigene Faust und ohne sich untereinander abzustimmen agierten, einzubeziehen.
- b. Der Zivilschutzausschuss hat keine wesentlichen Informationen über die Schadensbeurteilung und Bedarfsermittlung bereitgestellt, was dazu führte, dass die Hilfe nicht so rasch wie nötig geliefert wurde.
- c. Die Verwaltung der Provinz Ica verfügte nicht über ausreichendes Personal, um die ausführenden Organe zu überwachen, zu koordinieren und zu beraten, was zu chaotischen Zuständen bei der Verteilung gespendeter Güter führte.
- d. Aufgrund mangelnder logistischer Unterstützung kam es zu Verzögerungen von bis zu drei Tagen beim Weitertransport von 3 000 Tonnen Hilfsgütern aus dem Hafen der Stadt Pisco.
- e. Lebensmittel sind wegen unsachgemäßer Lagerung und Witterungseinflüssen verdorben.
- f. Die Verteilung der Hilfsgüter an die Opfer wurde durch keinen Regierungsvertreter überwacht.

Teil III, Schlussfolgerungen. Dieser Teil enthält das Prüfungsurteil aufgrund der Zielsetzungen und der Ergebnisse der Prüfung. Die Prüfung ergab, dass das maßgebliche Regelwerk für die Bedarfslage im Anschluss an die Katastrophe ungeeignet war, weil die Rollen der wichtigsten Agenturen und die zur Versorgung der Opfer anzuwendenden Verfahren nicht klar definiert waren.

Teil IV, Empfehlungen. Dieser Teil enthält Empfehlungen zur Umsetzung spezifischer Maßnahmen, die zur Bewältigung der Katastrophe beitragen. Gemäß den Empfehlungen an den Premierminister von Peru sollten

- a. die Überarbeitung des bestehenden gesetzlichen Rahmens für das nationale Zivilschutzsystem gefördert werden,
- b. die Beteiligung der innerhalb dieses Systems agierenden Stellen (insbesondere das nationale Institut für Zivilschutz) gestärkt und erleichtert werden und

- c. klare Rollen und Zuständigkeiten für die verschiedenen Aspekte der Notsituationen aufgrund von Natur- und anderen Katastrophen festgelegt werden.

Anhang 7

Prüfung der Rechnungsführung der Rehabilitierung und des Wiederaufbaus nach dem Wenchuan-Erdbeben in China²⁴

Erstellt von der ORKB von China

1. Am 12. Mai 2008 ereignete sich in Wenchuan in der Provinz Sichuan, einer Bergregion in Westchina, ein Erdbeben der Stärke 7,9. Die Katastrophe traf über 45 Millionen Menschen und verursachte wirtschaftliche Schäden von über 127 Milliarden USD. Über 90 000 Menschen kamen dabei ums Leben oder blieben verschollen, rund 370 000 Menschen wurden verletzt. Die chinesische Regierung beschloss, 159 Milliarden USD für Projekte zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau nach dem Erdbeben aufzubringen.

2. Die ORKB von China, der Nationale Rechnungshof der Volksrepublik China (*National Audit Office of the People's Republic of China*, CNAO), führte eine Prüfung in Echtzeit der Projekte zur Rehabilitierung und zum Wiederaufbau (*Post-Earthquake Recovery and Reconstruction Projects*, PERR) nach dem Erdbeben von Wenchuan durch. Die Tätigkeit wurde im Juli 2008, zwei Monate nach der Katastrophe, aufgenommen und dauerte bis September 2011, als der Großteil der Wiederaufbauarbeiten abgeschlossen war. Es waren mehr als 11 648 Prüfer daran beteiligt.

3. Ein Leitungsteam wurde innerhalb des nationalen Rechnungshofs eingerichtet und mit der Planung, Berichterstattung, Koordinierung, Leitung und Durchführung von Sonderermittlungen in wichtigen Fragen und Fällen beauftragt. Die Prüfungstätigkeit wurde zwischen den Büros des Rechnungshofs im von der Katastrophe betroffenen Gebiet und den Prüfungseinrichtungen und -büros der Provinz aufgeteilt.

4. Die Ziele des nationalen Rechnungshofs für die Echtzeit-Prüfung waren folgende:

- Fördern der erfolgreichen Durchführung der Projekte zur Rehabilitierung und zum Wiederaufbau nach dem Erdbeben und Sicherstellen, dass beim Wiederaufbau keine bedeutenden Fehler begangen wurden,
- Aufdecken und Berichterstaten über institutionelle Hemmnisse und schwache Verknüpfung bei der Verwaltung von Mitteln oder von Projekten,
- Identifizieren von Verstößen und Drängen auf zeitgerechte Verbesserungen sowie
- Unterstützung bei der Verbesserung von Strategien und Institutionen durch konstruktive Empfehlungen für Systemverbesserungen, wenn Probleme aufgedeckt werden.

5. Bei der Prüfung wurden nicht nur die Ausführung der Haushaltsmittel und die Ergebnisse der endgültigen Rechnungslegung untersucht, sondern ferner folgende Fragen:

- Umsetzung der Projekte zur Rehabilitierung und zum Wiederaufbau (PERR) nach dem Erdbeben und ihre Folgen;
- Art und Weise, wie Mittel und Materialien für die Projekte gesammelt, verteilt, verwaltet und eingesetzt wurden;

²⁴ *National Audit Office of the People's Republic of China* (Nationaler Rechnungshof der Volksrepublik China, CNAO), siehe http://www.cnao.gov.cn/main/articleshow_ArtID_1253.htm.

- Umsetzung von PERR-Strategien und Maßnahmen (z. B. in Bezug auf Steueranreize, zielgerichtete Hilfe, Arbeitsvermittlung, Umsiedlung);
- Baumanagement, insbesondere Qualitätsmanagement von Projekten;
- Landenteignung, Umweltschutz und Vermeidung geologischer Katastrophen.

6. Dem nationalen Rechnungshof zufolge erleichterte die Echtzeit-Prüfung die Umsetzung der Projekte zur Rehabilitierung und zum Wiederaufbau nach dem Erdbeben von Wenchuan und bot Unterstützung bei der Vermeidung größerer Probleme. Zu den konkreten Ergebnissen und Erfolgen der Prüfung zählen

- 4 377 ausgestellte Prüfungsberichte und 4 159 übermittelte Prüfungsinformationen;
- 19 640 Prüfungsurteile und -empfehlungen, die zur Schaffung oder Verbesserung von 2 700 Verordnungen und Vorschriften beitrugen;
- Verbesserung des Baumanagements bei 4 000 Projekten;
- 2 Milliarden USD an Einsparungen durch größere Effizienz und Beschleunigung der Projektdurchführung;
- Meldung Dutzender Fälle an Disziplinarbehörden.

7. Die Erfahrungen, die er bei der Durchführung der Echtzeit-Prüfung der Projekte zur Rehabilitierung und zum Wiederaufbau nach dem Erdbeben gewann, gestatteten es dem nationalen Rechnungshof, einige zentrale Punkte zu ermitteln, die in zukünftigen Fällen zu berücksichtigen sind:

- die Notwendigkeit, vor der Prüfung Prioritäten zu setzen und Gewissheit über das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erlangen, in Anbetracht der umfangreichen Ressourcen, die eine Echtzeit-Prüfung erfordert;
- die Wichtigkeit des richtigen Zeitpunkts der Prüfung - in diesem Fall so früh wie möglich nach dem Erdbeben;
- die Notwendigkeit einer soliden Verwaltung und Organisation angesichts der höheren Komplexität einer Echtzeit-Prüfung aufgrund der größeren Reichweite der Tätigkeit und Beteiligung vieler Prüfer und geprüfter Einrichtungen.

Anhang 8

Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Rehabilitierung und des Wiederaufbaus nach dem Großen Erdbeben in Ostjapan

Erstellt von der ORKB von Japan

1. Hintergrund

Nach dem Großen Erdbeben von Ostjapan im März 2011 führte der japanische Rechnungshof Prüfungen der Ausgaben für die Rehabilitierung und den Wiederaufbau durch und veröffentlichte die Ergebnisse im jährlichen Prüfungsbericht für das Haushaltsjahr 2011. Die im Folgenden beschriebenen Wirtschaftlichkeitsprüfungen wurden vor Ort durchgeführt und befassten sich mit der Versorgung der Erdbebenopfer mit vorübergehenden Notunterkünften und der Beseitigung von durch die Katastrophe verursachten Abfällen.

2. Bereitstellung von vorübergehenden Notunterkünften nach dem Großen Erdbeben von Ostjapan²⁵

Die japanische Regierung stellte sieben von der Katastrophe betroffenen Präfekturen Beihilfen in der Höhe von 4,76 Milliarden USD bis Ende März 2012 bereit, um 116 170 vorübergehende Notunterkünfte für die Erdbebenopfer und damit verbundene Zwecke einzurichten.

Ziel der Prüfung war es, nachzuprüfen, ob die temporären Notunterkünfte ordnungsgemäß bereitgestellt wurden und ob Verbesserungen erforderlich waren.

Die Prüfung ergab, dass 52 858 Häuser von den lokalen Behörden für 69 778 USD pro Wohneinheit errichtet worden waren. Weitere 57 697 Häuser waren vom Privatsektor für 20 333 USD pro Wohneinheit für zwei Jahre angemietet worden. Es zeigte sich, dass die angemieteten Häuser rascher verfügbar waren als die neu errichteten und kostengünstiger waren.

Im Falle angemieteter Häuser mieten die lokalen Behörden diese zunächst von den Eigentümern und stellen sie dann den Katastrophenopfern zur Verfügung. Dies entspricht dem Grundsatz der Sachleistungen der japanischen Regierung, wonach Menschen am Auslieferungsort Güter und Leistungen bereitgestellt werden. Wie sich herausstellte, verursachte diese Maßnahme jedoch Verzögerungen bei der Bereitstellung angemieteter Häuser. Der Rechnungshof schloss daraus, dass die Regierung im Falle schwerer Katastrophen wie dem Großen Erdbeben von Ostjapan für rasche und gezielte Reaktionen auf die Bedürfnisse der Opfer Maßnahmen flexibel und angepasst an die Art der Umstände ergreifen sollte. Der Rechnungshof empfahl, dass es zur Verbesserung dieser Sachlage notwendig ist, für zukünftige Fälle die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, vom Grundsatz der Sachleistung teilweise abzurücken, indem es Katastrophenopfern gestattet wird, selbst mit den Hauseigentümern Verträge abzuschließen. Die lokalen Behörden würden dann die Miete direkt an die Hausbesitzer auszahlen. Ungeachtet des Standpunkts der Regierung, wonach vom Grundsatz

²⁵ <http://report.jbaudit.go.jp/org/h23/2011-h23-1031-0.htm>.

der Sachleistungen nicht abgerückt werden sollte, berichtete der Rechnungshof öffentlich über diese Sachlage in seinem Prüfungsbericht, damit die Öffentlichkeit hierüber informiert ist.

3. Entsorgung von Katastrophenabfällen, die durch das Große Erdbeben von Ostjapan verursacht wurden²⁶

Nach dem Großen Erdbeben Ostjapans wurden insgesamt geschätzte 31,21 Millionen Tonnen von durch die Katastrophe verursachten Abfällen und Tsunamiablagerungen in lokalen Gemeinden in 13 Präfekturen entsorgt. 8,5 Milliarden USD wurden für das Haushaltsjahr 2011 von der japanischen Regierung veranschlagt, um die Entsorgung, die bis März 2014 abgeschlossen sein sollte, zu finanzieren.

Ziel der Prüfung war es, über die Fortschritte bei der Entsorgung durch die verschiedenen Präfekturen zu berichten.

Den Ergebnissen der vom Rechnungshof durchgeführten Vor-Ort-Prüfungen zufolge entsprachen die entsorgten Abfälle in den drei von der Katastrophe betroffenen Präfekturen (Iwate, Miyagi und Fukushima), in denen sich 95,3 % der Abfälle insgesamt befanden, durchschnittlich 17,7 % der Gesamtmenge. Dies bedeutet allerdings nicht unbedingt, dass es bei der Abwicklung des Vorhabens zu Verzögerungen gekommen ist, sondern ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass der Großteil der im Haushaltsjahr 2011 durchgeführten Maßnahmen vorbereitende Arbeiten waren, wie etwa der Transport von Abfällen vom Katastrophengebiet in temporäre Lagerstätten. In Anbetracht der Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über den Stand der Entsorgung zum Zieldatum Ende März 2014 zu informieren, berichtete der Rechnungshof von seinen Prüfungsergebnissen über den aktuellen Prozess und veröffentlichte diese in seinem Prüfungsbericht. Darin brachte er seine Besorgnis angesichts der bei seinen Prüfungen ermittelten Ungewissheit in Bezug auf die Sicherstellung endgültiger Lagerstätten, die Verwendung des Abfalls als Baustoffe zum Wiederaufbau usw. zum Ausdruck.

²⁶ <http://report.jbaudit.go.jp/org/h23/2011-h23-1268-0.htm>.

Anhang 9

Wirtschaftlichkeitsprüfung der Reaktion der Europäischen Kommission auf den Tsunami in Südostasien²⁷ Erstellt von der ORKB der Europäischen Union

1. Am 26. Dezember 2004 löste ein Erdbeben vor der Westküste Nordsumatras einen gewaltigen Tsunami aus, der in zahlreichen Ländern im Indischen Ozean verheerende Zerstörungen anrichtete und über 200 000 Todesopfer forderte.

2. In der Europäischen Kommission gibt es eine spezifische Generaldirektion, die Generaldirektion für Humanitäre Hilfe (GD ECHO), die dafür zuständig ist, im Falle humanitärer Krisen Maßnahmen zu ergreifen²⁸. Diese Generaldirektion führt die Hilfsmaßnahmen nicht selbst durch, sondern wird über Partner tätig, namentlich Nichtregierungsorganisationen (NRO) und internationale Organisationen, wozu auch die Vereinten Nationen und das Rote Kreuz gehören. Als Reaktion auf den Tsunami stellte die Generaldirektion ECHO Mittel in Höhe von 123 Millionen Euro für humanitäre Hilfe bereit.

Prüfungsbemerkungen

3. Der Hof hat eine Wirtschaftlichkeitsprüfung der humanitären Hilfe, die die Kommission als Reaktion auf den Tsunami bereitgestellt hat, durchgeführt. Dabei bezog er sich im Einklang mit dem Mandat der Generaldirektion ECHO auf die **Soforthilfe und einen Teil der kurzfristigen Wiederaufbauarbeit**, nicht jedoch auf die längerfristige Wiederaufbauhilfe. Folgende wichtige Fragen wurden geprüft:

- a) War die Reaktion der Kommission auf den Tsunami hinreichend **schnell und angemessen**?
- b) Gab es eine wirksame **Koordinierung** der Maßnahmen der Generaldirektion ECHO mit denen anderer Kommissionsdienststellen, internationaler Organisationen und anderer Länder?
- c) Waren die Monitoring- und Kontrollverfahren der Generaldirektion ECHO so konzipiert, dass sie **relevante und zeitnahe** Projekte der Partner und die **wirksame Durchführung** dieser Projekte gewährleisteten?
- d) Wurden die angestrebten **Ziele** der von den Partnern der Generaldirektion ECHO durchgeführten Projekte erreicht, und war eine angemessene **Nachhaltigkeit** der kurzfristigen Wiederaufbaumaßnahmen gewährleistet?

Prüfungsfeststellungen

4. Die Kommissionsverfahren ermöglichten eine rasche Reaktion auf den Tsunami: Noch am Tag der Katastrophe wurden 3 Millionen Euro bereitgestellt, zu denen innerhalb der ersten fünf Tage weitere 20 Millionen Euro hinzukamen. Im Februar 2005 wurden nochmals 80 Millionen Euro bereitgestellt, zu

²⁷ Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union C 170 vom 21.6.2006.

²⁸ Amt der Europäischen Kommission für humanitäre Hilfe, siehe http://ec.europa.eu/echo/about/presentation_en.htm.

denen dann im Dezember 2005 weitere 20 Millionen Euro hinzukamen, sodass sich der Gesamtbetrag auf 123 Millionen Euro belief. Dieses hohe Finanzierungsniveau hat sich - insbesondere wegen des sich länger als erwartet hinziehenden Übergangs von der Hilfsphase zur Wiederaufbauphase - als angemessen erwiesen.

5. Die Generaldirektion ECHO war bereits vor dem Tsunami in Sri Lanka tätig, wo sie Projekte mit der von den Konflikten betroffenen Bevölkerung durchführte. Nach dem Tsunami entschloss sich die Generaldirektion ECHO, mit ihren bisherigen Partnern in Sri Lanka zusammenzuarbeiten, da diese die Lage vor Ort gut kannten. Dies ermöglichte es ihr - ungeachtet der hohen Finanzströme und der unmittelbar nach der Katastrophe vor Ort tätigen NRO -, relevante Projekte zu finanzieren. In Aceh war die Generaldirektion ECHO vor dem Tsunami dagegen nicht präsent. Wegen des problematischen Zugangs und des Fehlens zuverlässiger Informationen handelte es sich bei einigen ersten Projektvorschlägen um Standardreaktionen in Notfallsituationen. Die ab Februar 2005 eingereichten Projektvorschläge stützten sich dann auf zuverlässigere Bedarfsermittlungen.

6. Die Generaldirektion ECHO hat die Koordinierungsrolle der Vereinten Nationen unterstützt und Mittel bereitgestellt, um dem Mangel an zuverlässigen und genauen Informationen über den tatsächlichen Bedarf entgegenzuwirken. Das Eintreffen einer Vielzahl humanitärer Organisationen in der betroffenen Region, von denen viele über umfangreiche Finanzmittel aus privaten Quellen verfügten, erschwerte die Koordinierung zusätzlich und führte zu großen Unterschieden beim Umfang und der Qualität der geleisteten Hilfe. Die gute Koordinierung mit den anderen Kommissionsdienststellen ermöglichte die reibungslose Verknüpfung zwischen den kurzfristigen Soforthilfemaßnahmen und den längerfristigen Wiederaufbaumaßnahmen. Sowohl in Indonesien als auch in Sri Lanka war jedoch die Koordinierung nach wie vor problematisch.

7. Zur Überwachung und Überprüfung der Projekte griff die Generaldirektion ECHO auf Sachverständige vor Ort und Länderreferenten zurück, die Vor-Ort-Kontrollen durchführten, sowie auf Berichte ihrer Partner, Kontrollen vor Vornahme der endgültigen Zahlung und - zu einem späteren Zeitpunkt - externe Prüfungen. Die Verfahren ermöglichten es im Allgemeinen, die Projekte an den sich verändernden Bedarf anzupassen. Allerdings wäre es hilfreich gewesen, wenn die Informationen über Kostenvergleiche verbessert, genauere Angaben über die organisatorischen Regelungen vorgelegt und der Output der Projekte quantifiziert würden.

8. In einigen Fällen war der Output der Projekte geringer als geplant, was an der Inflation lag sowie an den Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Gütern und der Einstellung von qualifiziertem Personal. Die von den Partnern der GD ECHO verwalteten Projekte trugen dazu bei, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken in Bezug auf Unterkünfte, Lebensmittel, Trinkwasser, Abwasserentsorgung, Gesundheit, psychologische Hilfe, Betreuung von Kindern und Familien und Telekommunikation. Die Kommission finanziert auch Projekte zur Katastrophenvorsorge.

9. Im Hinblick auf die Zahl der erreichten Begünstigten waren die Kommissionsprojekte, insbesondere wegen ungenauer Bedarfsermittlungen, manchmal weniger erfolgreich als geplant. So erreichten beispielsweise die im Rahmen des Projekts einer UN-Agentur in Aceh durchgeführten Maßnahmen in den Sektoren Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung nur 100 000 Menschen, d. h. lediglich 5 % der ursprünglich angestrebten Zahl von 2 Millionen Begünstigten.

Empfehlungen

10. Auf der Grundlage seiner Bemerkungen und Schlussfolgerungen brachte der Hof folgende Empfehlungen vor:

- a) Die Kommission sollte überlegen, wie ihre Rolle in Bezug auf die Unterstützung der betroffenen Regierungen bei der Koordinierung der verschiedenen Geber aussehen kann.
- b) Die Rollen der Generaldirektion ECHO einerseits und der Generaldirektion Umwelt (Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz) sollten klarer definiert werden, damit ein kohärenter Ansatz gewährleistet wird.
- c) Es sollte überlegt werden, die Soforthilfemaßnahmen über einen längeren Zeitraum laufen zu lassen, damit genügend Zeit für ihre Durchführung zur Verfügung steht.
- d) Die Generaldirektion ECHO sollte ihr Monitoringsystem um Folgendes ergänzen: schriftliches Feedback an die Partner nach Monitoringkontrollen, Verbesserung der Informationen über Kostenvergleiche, Beschreibung der organisatorischen Regelungen für die Durchführung und Bereitstellung von Informationen darüber, was wo getan wurde.
- e) Im Kontext des Rahmenabkommens über die Zusammenarbeit im Finanz- und Verwaltungsbereich (*Financial and Administrative Framework Agreement, FAFA*) sollten die Schwierigkeiten beim Zugang zur Dokumentation über von UN-Agenturen durchgeführte Projekte aufgegriffen werden.

Anhang 10

Wirtschaftlichkeitsprüfung der Soforthilfe- und Wiederherstellungsmaßnahmen nach dem Tsunami 2004

Erstellt von der ORKB von Indien²⁹

Ziel der Wirtschaftlichkeitsprüfung war es, zu überprüfen ob

- die Erkenntnisse aus früheren Katastrophen zur Erarbeitung wirksamer Strategien für das Katastrophenmanagement beigetragen haben und ob die institutionellen Mechanismen der Union und der Regierungen der Bundesstaaten in Verbindung mit Katastrophenmanagement, darunter Risikobeurteilungen vor Katastrophen, Milderung, Vorbeugung und Vorbereitung auf den Katastrophenfall und die Überwachung von Feedback über die Umsetzung von Aufträgen/Anweisungen des Ministeriums geeignet und wirksam waren;
- die Sonderunterstützung durch den *National Calamity Contingency Fund* (NCCF), den *Calamity Relief Fund* (CRF), den *Prime Minister's National Relief Fund* (PMNRF) und die externe Unterstützung ausreichend waren und die betroffenen Familien rechtzeitig erreicht haben;
- das System zur Identifizierung von Begünstigten, die Bedarfsermittlung sowie die Bereitstellung unverzüglicher Unterstützung an die Begünstigten und Planung von Wiederherstellungsmaßnahmen stabil und wirksam waren und
- die Maßnahmen nach der Katastrophe in Bezug auf unverzügliche Unterstützung, darunter Regelungen für die Beschaffung und Lieferung von Hilfsmitteln und die Rehabilitierung und Wiederherstellung von Infrastrukturdiensten sowie die wirtschaftliche und soziale Rehabilitierung von produzierenden Sektoren wie etwa Fischerei, Tourismus usw. wirtschaftlich und sparsam geplant und ausgeführt wurden.

Die Prüfung umfasste Aktenprüfungen im Ministerium für Inneres (*Ministry of Home Affairs*, MHA), im Finanzministerium (*Ministry of Finance*, MoF), bei der Planungskommission (*Planning Commission*), im Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft (*Ministry of Environment and Forests*, MoEF), im *Indian Meteorological Department* (IMD) und im *Department of Ocean Development* (DOD) auf Unionsebene. Auf der Ebene der Bundesstaaten und auf Bezirksebene wurden die Unterlagen der entsprechenden Katastrophenmanagementbehörden und der diversen Einheiten der Abteilungen für Viehzucht, Landwirtschaft, Bildung, Fischerei und öffentliche Arbeiten überprüft. Der Wiederaufbau war nicht Gegenstand der Prüfung.

²⁹ Bericht Nr. 20 von 2006.

Folgende Kriterien wurden zur Bewertung der Sofort- und Wiederherstellungsmaßnahmen herangezogen:

- der Grad der Konformität mit dem System zur Bewertung des Bedarfs an Mitteln und deren Abstimmung;
- die Schnelligkeit bei der Bereitstellung von Mitteln durch das Ministerium für Inneres/bundesstaatliche Regierungen in Anbetracht des Ausmaßes der Katastrophe;
- der Erfolg der Katastrophenreaktion und der Maßnahmen nach der Katastrophe;
- das zur Identifizierung der Begünstigten entwickelte System;
- der Stand der Überwachung der Ergebnisse und Auswirkungen der auf Unions- und bundesstaatlicher Ebene bereitgestellten Unterstützung;
- der Schulungsstand von Personen, die sich mit Hilfsmaßnahmen befassen;
- der Grad der Vollständigkeit und Genauigkeit der Rechnungslegung von Hilfsmitteln und Vorräten und
- die Qualität der Verwaltung beschaffter Vorräte, Maschinen und Ausrüstung und der Umfang ihrer Verwendung.

Die Prüfung ergab Folgendes:

- Der institutionelle Mechanismus für Katastrophenmanagement und die Überwachung der Durchführung von Aufträgen und Anweisungen sind unzulänglich.
- Es wurden keine allgemein anwendbaren eindeutigen Kriterien angenommen, die den von der Katastrophe betroffenen Bundesstaaten eine realistische Bewertung der erwarteten finanziellen Unterstützung ermöglichen würden.
- Es liegen finanzielle Unregelmäßigkeiten in Form von Nichtnutzung, unregelmäßigen Zahlungen usw. vor.
- Die nicht ordnungsgemäße Identifizierung der Begünstigten führte in drei Bundesstaaten zu Unregelmäßigkeiten.
- Die Errichtung temporärer Notunterkünfte war nicht wirksam, weil diese von den Opfern nicht bezogen wurden.
- Die Errichtung permanenter Unterkünfte war nicht wirksam, weil die Häuser nicht fertiggestellt oder nicht übergeben wurden.
- Es kam zu Verzögerungen bei den Bauarbeiten und zu administrativen Unregelmäßigkeiten bei der Wiederherstellung der grundlegenden Infrastruktur.

Auf der Grundlage dieser Feststellungen kam die ORKB Indien zu der Schlussfolgerung, dass die institutionellen Mechanismen für Katastrophenmanagement unzulänglich waren und zu mangelnder Koordinierung bei Maßnahmen in Verbindung mit der Katastrophenvorsorge und der Vulnerabilitätsminderung führten.

Die ORKB Indien empfahl der nationalen Behörde für Katastrophenmanagement (NDMA), die Strategien für Soforthilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen zu überarbeiten und die aufgrund der berichteten Schwachstellen getroffenen Maßnahmen weiterzuerfolgen.

Anhang 11

Wirtschaftlichkeitsprüfung der Katastrophenhilfe nach dem Hurrikan Katrina³⁰

Erstellt von der ORKB der Vereinigten Staaten von Amerika³¹

1. Hintergrund

Der Hurrikan Katrina ereignete sich im August 2005 und verwüstete die Golfküste der Vereinigten Staaten (US), wobei er Schäden in Milliardenhöhe verursachte und Tausende Einwohner zur Umsiedlung zwang. Die Regierung war auf allen Ebenen - lokaler, bundesstaatlicher und föderaler Ebene - gefordert, um auf das Ausmaß der Katastrophe zu reagieren. In Anbetracht der vom Wirbelsturm verursachten Zerstörung und Verwüstung boten viele Länder den Vereinigten Staaten sowohl Geld- als auch Sachspenden, einschließlich militärischer Spenden, an. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die US-Regierung internationale Hilfsangebote in einem solchen Ausmaß angenommen. Gemäß dem Nationalen Reaktionsplan (*National Response Plan*) sollte das Außenministerium (*Department of State, DOS*) die Koordination sämtlicher Angebote internationaler Unterstützung übernehmen. Die Bundesbehörde für Krisenmanagement (*Federal Emergency Management Agency, FEMA*) des Ministeriums für innere Sicherheit (*Department of Homeland Security, DHS*) war für die Annahme der Hilfen sowie für die Koordinierung ihrer Verteilung zuständig.

2. Prüfungsziele

Im Rahmen der Prüfung sollten folgende Fragen geklärt werden:

- die Höhe der von den Ländern gespendeten Barmittel und inwieweit sie für Katastrophenhilfe eingesetzt wurden;
- inwieweit die für die den Vereinigten Staaten angebotene internationale Unterstützung zuständigen Bundesbehörden über Strategien und Verfahren verfügten, um eine angemessene Rechenschaftspflicht bei der Annahme und Verteilung von Sachspenden, einschließlich militärischer Spenden, sicherzustellen.

3. Methodik

Um auf die Zielsetzungen hinzuarbeiten, überprüfte die ORKB der USA (das *Government Accountability Office (GAO)*) die US-Gesetzgebung und andere Leitlinien, darunter den Nationalen Reaktionsplan, und kam mit maßgeblichen Beamten des Außenministeriums, des Innenministeriums,

³⁰ GAO-06-460, 6.4.2006.

³¹ *The United States Government Accountability Office.*

der Ministerien für Verteidigung, Finanzen und Landwirtschaft sowie mit der Agentur für internationale Entwicklung (*US Agency for International Development*) und der Arzneimittelbehörde (*Food and Drug Administration*) zusammen. Darüber hinaus erhob und überprüfte das GAO relevante Daten, darunter Listen von angebotenen und erhaltenen Gütern sowie Empfangsbestätigungen der Agenturen.

4. Feststellungen

Die Prüfung ergab Folgendes:

- mangels Strategien, Verfahren und Plänen entwickelte das Außenministerium ein Ad-hoc-Verfahren zur Verwaltung von 126 Millionen USD an ausländischen Barmitteln, die der US-Regierung für Katastrophenhilfe nach dem Hurrikan Katrina gespendet wurden;
- die Bundesbehörde für Krisenmanagement (FEMA) und andere Agenturen verfügten über keinerlei Strategien und Verfahren zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Annahme und Verteilung von Sach- und militärischen Spenden aus dem Ausland;
- obwohl die FEMA und andere Agenturen Ad-hoc-Strategien und Verfahren einrichteten, war die Koordinierung der Bemühungen unzulänglich.

5. Empfehlungen

Auf der Grundlage der oben genannten Feststellungen sprach das GAO Empfehlungen zur Verbesserung der Strategien, Verfahren, Planung und Übersicht über die internationalen Bar- und Sachmittel aus, die der US-Regierung als Reaktion auf Katastrophen gespendet werden.

Der vollständige Prüfungsbericht ist auf folgender Website abrufbar:

<http://www.gao.gov/new.items/d06460.pdf>.

Anhang 12

Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen bei Notfall-, Wiederherstellungs- und Wiederaufbaumaßnahmen im Rahmen von Katastrophenhilfe

Erstellt von der ORKB von Indonesien

1. PRÜFUNGSBERICHT ÜBER DIE VERWALTUNG DER KATASTROPHENHILFE UND DIE RECHENSCHAFTSPFLICHT IN DER WIEDERHERSTELLUNGS- UND WIEDERAUFBAUPHASE

Gemäß den Gesetzen Nr. 15 von 2004 und Nr. 15 von 2006 führte die ORKB von Indonesien (*Audit Board of the Republic of Indonesia*, BPK RI) eine Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen in Bezug auf die Verwaltung und Rechenschaftspflicht im Rahmen von Katastrophenhilfe durch. Die Prüfung diente der Bewertung folgender Fragen:

- Standen die Verwaltung und Rechenschaftslegung in Verbindung mit der Katastrophenhilfe im Einklang mit den geltenden Gesetzen?
- Hat die Katastrophenhilfe die anvisierten Parteien erreicht und ihre Zielsetzungen zur Unterstützung der Katastrophenopfer rechtzeitig erreicht?

Der Prüfungsumfang umfasst die Planung, Verwaltung und Verteilung, Überwachung und Evaluierung, Berichterstattung und Rechenschaftslegung der Katastrophenhilfe in der Wiederherstellungs- und Wiederaufbauphase, die von der nationalen Agentur für Katastrophenmanagement und einigen lokalen Regierungen durchgeführt wurden, welche von der nationalen Agentur für Katastrophenmanagement unterstützt wurden, darunter die Provinzregierungen von J, SB, JB, JT und KB im Haushaltsjahr 2009.

Als Leitlinien für die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen dienten die Normen für die Prüfung des Staatshaushalts (*State Finance Audit Standards*, SPKN) von 2007 und das Handbuch für Prüfungsmanagement (*Audit Management Manual*, PMP) von 2008.

Folgende Prüfungsergebnisse gingen aus den in den fünf Regionen gezogenen Stichproben hervor:

- 1) Die Verwaltung der Katastrophenhilfe im Haushaltsjahr 2009 war unzulänglich. Die an die lokalen Regierungen verteilte Hilfe hat ihren Zweck nicht erfüllt und berücksichtigt nicht die Prioritäten des Katastrophenmanagements.
- 2) Die Verwaltung von Katastrophenhilfe stand nicht vollauf im Einklang mit dem nationalen Haushaltsmechanismus.
- 3) Die Katastrophenhilfe in Form von direkter Unterstützung der Gemeinschaft wird in der Provinzregierung von JB nicht ordnungsgemäß verteilt.
- 4) Lokale Regierungen, die Wiederherstellungs- und Wiederaufbauhilfe erhalten haben, haben ihren Rechenschaftslegungsbericht über den Einsatz der Hilfe/Mittel nicht rechtzeitig übermittelt.

Ausgehend von diesen Punkten stellte die ORKB fest, dass die Verwaltung und Rechenschaftslegung in Verbindung mit der Katastrophenhilfe in der Wiederherstellungs- und Wiederaufbauphase im

Haushaltsjahr 2009, die die Planung, Verwaltung und Verteilung, Überwachung und Evaluierung, Berichterstattung und Rechenschaftslegung umfassten, mit den geltenden Gesetzen und Vorschriften nicht vollauf im Einklang standen.

In Anbetracht dieser Schlussfolgerung empfiehlt die ORKB der nationalen Agentur für Katastrophenmanagement, die Strategien in Bezug auf Wiederherstellungs- und Wiederaufbaumaßnahmen zu überprüfen und die Maßnahmen mit Blick auf die im Prüfungsbericht genannten Schwachstellen zu verbessern.

2. PRÜFUNGSBERICHT ÜBER DIE VERWALTUNG DER KATASTROPHENHILFE UND RECHENSCHAFTSLEGUNG IN DER NOTFALLPHASE

Gemäß den Gesetzen Nr. 15 von 2004 und Nr. 15 von 2006 führte die ORKB von Indonesien (*Audit Board of the Republic of Indonesia*, BPK RI) eine Prüfung der Verwaltung der Notfallphase nach dem Erdbeben in der Provinzregierung von SB durch. Die Prüfung diente der Bewertung folgender Fragen:

- Standen die Katastrophenmanagement- und Finanzierungsverfahren während der Notfallphase im Einklang mit den geltenden Vorschriften?
- War das Katastrophenmanagement der Zentralregierung und damit verbundener Parteien nach dem Erdbeben ausreichend?
- Waren die Organisation, Aufgabe, Funktion, Koordinierung, der Empfang und die Verteilung der Hilfe ausreichend?
- Waren die Aufzeichnung und Berichterstattung über die Hilfe während der Notfallphase ausreichend und den aktualisierten Bedingungen angepasst?

Der Prüfungsumfang umfasst die Rolle und die Bemühungen der Zentralregierung bei der Verwaltung der Katastrophe nach dem Erdbeben in der Provinzregierung von SB, die Verwaltung der erhaltenen Hilfen/Mittel, die Rolle des Privatsektors und der NRO/INRO während der Notfall- und ersten Rehabilitierungsphase.

Als Leitlinien für die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen dienten die Normen für die Prüfung des Staatshaushalts (*State Finance Audit Standards*, SPKN) von 2007 und das Handbuch für Prüfungsmanagement (*Audit Management Manual*, PMP) von 2008.

Aus den in der Provinzregierung von SB, der Stadtregierung von Pad und Par, der Bezirksregierung von PP und A erhobenen Stichproben ging Folgendes hervor:

- 1) Die vorhandenen unterstützenden Vorschriften im Bereich des Katastrophenmanagements waren nicht ausreichend.
- 2) Die nationale Agentur für Katastrophenmanagement hat nicht genügend Koordinierung mit den einschlägigen Parteien während der Soforthilfephase aufgebaut.
- 3) Sammlung, Empfang und Verteilung von Hilfen/Mitteln durch private Sammeleinheiten sind nicht unter Kontrolle.
- 4) Die Provinzregierung von SB, die Bezirksregierung von A und PP und die Stadtregierung von Par haben keine lokale Agentur für Katastrophenmanagement eingerichtet, wie gesetzlich vorgesehen.
- 5) Bedarfsermittlungsverfahren und Verteilung von Hilfen/Mitteln werden nicht rechtzeitig und ungenau durchgeführt.

- 6) Die Einrichtung von Notinfrastruktur für Hütten in der Stadtregierung von Pad stand nicht im Einklang mit den geltenden Gesetzen.

Ausgehend von diesen Punkten stellte die ORKB fest, dass die Verwaltung und Rechenschaftslegung der Katastrophenhilfe in der Notfallphase nach dem Erdbeben, das einige Regionen der Provinzregierung von SB betraf, nicht mit den geltenden Gesetzen und Vorschriften im Einklang standen.

In Anbetracht dieser Schlussfolgerung empfiehlt die ORKB der nationalen Agentur für Katastrophenmanagement, die Strategien in Bezug auf Notfallmaßnahmen zu überprüfen und die Koordinierung mit lokalen Regierungen bei der Überarbeitung der Maßnahmen in Bezug auf die im Prüfungsbericht genannten Schwachstellen zu verbessern.

Anhang 13

Akronyme und Abkürzungen

AsEB - Asiatische Entwicklungsbank

CRED - *Centre for Research and the Epidemiology of Disasters* (Zentrum für Katastrophenforschung und -epidemiologie)

EM-DAT - *International Emergency Disasters Database* (Internationale Katastrophendatenbank)

IKRK - *International Committee of the Red Cross* (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)

IFRC - *International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies* (Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften)

IOM - Internationale Organisation für Migration

INRO - Internationale Nichtregierungsorganisation

NRO - Nichtregierungsorganisation

OECD - *Organization for Economic Cooperation and Development* (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

ORKB - Oberste Rechnungskontrollbehörde

UN - Vereinte Nationen

UN DAC - *United Nations Disaster Assessment and Coordination* (Stelle der Vereinten Nationen für Erkundung und Koordinierung bei Katastrophen)

UNISDR - *United Nations International Strategy for Disaster Reduction* (Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen)

UN OCHA - *United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs* (Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen)

US FEMA - *United States Federal Emergency Management Agency* (nationale Koordinationsstelle der Vereinigten Staaten für Katastrophenhilfe)

WG AADA – Working Group on Accountability for and the Audit of Disaster-related Aid

WHO - *World Health Organization* (Weltgesundheitsorganisation)

WMO - *World Meteorological Organization* (Weltorganisation für Meteorologie)

Anhang 14

Glossar

(Begriffe, die bereits in der ISSAI 1003, dem Begriffsglossar zu den INTOSAI-Leitlinien für die Prüfung der Rechnungsführung, enthalten sind, sind in diesem Glossar nicht angeführt).

Abschreckung: Die Abschreckung von Betrug und Korruption beinhaltet eine proaktive Identifizierung und Beseitigung der Faktoren, die Betrug und Korruption zugrunde liegen und ermöglichen. Die sichtbare Tätigkeit von Prüfern kann als Abschreckung für potenzielle Täter in Bezug auf Betrug und Korruption dienen.

Baurechtliche Bestimmungen: Gesamtheit von Erlassen oder Verordnungen und damit zusammenhängenden Normen zur Regelung der Aspekte im Zusammenhang mit dem Entwurf, Bau, den Baustoffen, dem Umbau und der Art der baulichen Nutzung, die für die Gewährleistung der Sicherheit und des Wohlergehens der Menschen notwendig sind, einschließlich der Standsicherheit und der Gebäuderesistenz.

Betrugsermittlung: Verfahren, um zu bestimmen, ob ein Betrug begangen worden ist, und um im Betrugsfall Nachweise zu erheben.

Bereitschaft: Kenntnisse und Fähigkeiten, die von Regierungen, professionellen Hilfs- und Rettungsorganisationen, Gemeinschaften und Einzelpersonen entwickelt wurden, um die Auswirkungen von wahrscheinlichen, bevorstehenden oder stattfindenden Ereignissen oder Umständen wirksam vorauszuberechnen, in Angriff zu nehmen und zu bewältigen.

Bilaterale Hilfe: Hilfe, die ein Geber einem Hilfeempfängerland direkt bereitstellt.

Entwicklungshilfe: Offizielle Finanzierung mit dem Hauptziel der Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand von Entwicklungsländern.

Ex-post-Kontrolle: Prüfung der Buchhaltung, der zugrunde liegenden Vorgänge und/oder Fragen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der beanspruchten Hilfe durch ORKB oder sonstige gesetzlich bestellte externe Prüfer.

Frühwarnsystem: Gesamtheit von Kapazitäten, die erforderlich sind, um rechtzeitige und sinnvolle Warnmeldungen zu erstellen und zu verbreiten und die gefährdeten Einzelpersonen, Gemeinschaften und Organisationen in die Lage zu versetzen, sich mit genügender Vorlaufzeit angemessen vorzubereiten und zu handeln, damit die Wahrscheinlichkeit von Schäden oder Verlusten begrenzt wird.

Geber: Partei, die freiwillig Geld, Güter oder Dienstleistungen spendet.

Gefährliches Ereignis: Gefährliches Phänomen bzw. gefährliche Substanz, menschliche Aktivität oder Situation, die Todesopfer oder Verletzte fordert oder Gesundheitsschäden, Sachschäden, Verlust von Existenzgrundlagen und Dienstleistungen, soziale und ökonomische Störungen oder Umweltschäden verursachen kann.

Gemeinsame Prüfung: Eine koordinierte Prüfung, bei der die wichtigsten Entscheidungen gemeinsam getroffen werden. Die Prüfung wird von einem Prüfungsteam geleitet, das sich aus Prüfern von zwei oder mehreren autonomen Prüfungsorganen zusammensetzt, die üblicherweise einen einzigen gemeinsamen Prüfungsbericht zur Übermittlung an die Hierarchie oder das Legislativorgan erstellen.

Geoinformationssysteme (GIS): Computergestütztes System, das die Datenerfassung, -speicherung, -analyse und -präsentation besonders für räumliche (georeferenzierte) Daten erleichtert.

GPS Global Positioning System (Globales Positionierungssystem): Globales Navigationssatellitensystem (GNSS), entwickelt vom United States Department of Defence (US-Verteidigungsministerium)

Hilfe: Freiwilliger Transfer von Ressourcen von einem Land in ein anderes.

Humanitäre Hilfe: Humanitäre Hilfe umfasst Unterstützung und Maßnahmen zur Rettung von Leben, Linderung von Leid und Wahrung und Sicherung der menschlichen Würde während des Eintretens einer Notlage und danach. Der Unterschied zu anderen Formen der ausländischen Unterstützung und der Entwicklungshilfe besteht darin, dass die humanitäre Hilfe von den Grundsätzen der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit geprägt ist und kurzfristig angelegt ist.

Individuelle Katastrophenhilfe: Die ersten Maßnahmen, die unverzüglich nach der Katastrophe von Menschen vor Ort getroffen werden, um die Sicherheit von Einzelpersonen sicherzustellen, einschließlich Rettungsmaßnahmen, Erste-Hilfe-Maßnahmen und Bereitstellung von Notversorgung.

Katastrophe: Schwere Störung der Funktionsfähigkeit einer Gemeinschaft oder Gesellschaft, die hohe menschliche, materielle, ökonomische und ökologische Verluste und Folgen verursacht und die Fähigkeit der betroffenen Gemeinschaft oder Gesellschaft übersteigt, diese aus eigener Kraft zu bewältigen.

Katastrophenhilfe: Hilfeleistung zur Unterstützung von Menschen, die einer Naturkatastrophe oder einem Konflikt zum Opfer gefallen sind, bei der Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse und der Wahrnehmung ihrer Rechte.

Katastrophenmanagement: Systematischer Einsatz von administrativen Entscheidungen, organisatorischen und operativen Fähigkeiten und Kapazitäten zur Umsetzung von Politiken und Strategien sowie der Bewältigungskapazitäten der Gesellschaft und Gemeinschaften zur Verringerung der Auswirkungen von Naturgefahren und damit verbundenen Umwelt- und Technologiekatastrophen. Dazu zählen Tätigkeiten jeder Art, einschließlich struktureller und nicht struktureller Maßnahmen zur Vermeidung (Vorbeugung) und Einschränkung (Milderung und Vorbereitung auf den Katastrophenfall) der negativen Auswirkungen von gefährlichen Ereignissen und zur Wiederbelebung (Wiederherstellung und Wiederaufbau).

Katastrophenmanagement-Zyklus: Zeigt den Ablauf der Ereignisse in Bezug auf die Organisation und Verwaltung von Mitteln und Zuständigkeiten im Umgang mit sämtlichen humanitären Aspekten von Notfällen zur Verringerung der Auswirkungen einer Katastrophe. Der Zyklus umfasst jeweils die Phase vor und nach der Katastrophe und beinhaltet Maßnahmen im Zusammenhang mit Milderung, Vorbereitung auf den Katastrophenfall, Notfallmaßnahmen/Soforthilfe, Wiederherstellung und Wiederaufbau.

Katastrophenrisiko: Die potenziellen Verluste durch Katastrophen an Menschenleben, Gesundheit, Existenzgrundlagen, Sachwerten und Dienstleistungen, mit denen eine bestimmte Gemeinschaft oder Gesellschaft über einen bestimmten zukünftigen Zeitraum konfrontiert sein könnte.

Katastrophenrisikomanagement: Systematischer Einsatz von Verwaltungsrichtlinien, Organisationen und operativen Fähigkeiten und Kapazitäten zur Umsetzung von Strategien, Politiken und verbesserten Bewältigungskapazitäten zur Minderung der negativen Folgen von gefährlichen Ereignissen und möglichen Katastrophen.

Katastrophenvorsorge: Theorie und Praxis der Reduzierung des Katastrophenrisikos durch systematische Bemühungen in Bezug auf die Analyse und das Management der Ursachen von Katastrophen, unter anderem durch reduziertes Gefahrenpotenzial, verringerte Gefährdung von Menschen und Sachwerten, umsichtige Verwaltung von Land und Umwelt und verbesserte Vorbereitung auf negative Ereignisse.

Koordinierte Prüfung: Eine koordinierte Prüfung ist entweder eine gemeinsame Prüfung mit gesonderten Prüfungsberichten an die Hierarchie der ORKB oder das Legislativorgan oder eine parallele Prüfung mit einem einzigen Prüfungsbericht zusätzlich zu den gesonderten nationalen Berichten.

Korruption: Missbrauch von anvertrauter Macht zu privatem Nutzen. Korruption umfasst üblicherweise rechtswidrige Handlungen, die vorwiegend durch Prüfungen, Ermittlungen, Skandale oder Strafverfolgung aufgedeckt werden.

Milderung: Verringerung oder Begrenzung der negativen Auswirkungen von gefährlichen Ereignissen und der damit verbundenen Katastrophen.

Multilaterale Hilfe: Hilfe, die über eine im Entwicklungsbereich tätige internationale Organisation (z. B. Weltbank, UNDP) an ein Hilfsempfängerland geleitet wird.

Nationales Integritätssystem: Summe all unserer Institutionen, Gesetze und Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung.

Naturkatastrophe: Katastrophe, die von natürlichen Gefahren verursacht wird, zum Beispiel Erdbeben, Tsunamis, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen, Ernteausfälle usw.

Notfall: Ernsthafter Zustand oder Vorfall, der unerwartet eintritt und unverzügliches Handeln erfordert.

Notfallmaßnahmen: Anstrengungen, die unternommen werden, um die Auswirkungen einer Katastrophe auf Bevölkerung und Umwelt zu lindern.

Notfallphase: Phase unmittelbar nach dem Eintreten einer Katastrophe. Dazu zählen Notfall- und Soforthilfemaßnahmen und erste Wiederherstellungsmaßnahmen. Sie kann einige Tage bis Monate andauern, abhängig von der Art und den Umständen der Katastrophe.

Notfallplanung: Verwaltungsprozess, bei dem bestimmte potenzielle Ereignisse oder aufkommende Situationen, die eine Bedrohung für Gesellschaft oder Umwelt darstellen, analysiert und vorab Vorkehrungen getroffen werden, um eine rechtzeitige, wirksame und geeignete Antwort auf solche Ereignisse und Situationen zu ermöglichen.

Öffentliches Bewusstsein: Allgemeiner Wissensstand in Bezug auf Katastrophenrisiken, die Faktoren, die zu Katastrophen führen und die Maßnahmen, die individuell und kollektiv ergriffen werden können, um die Gefahr und die Anfälligkeit für gefährliche Ereignisse zu verringern.

Parallele Prüfung: Es wird eine Entscheidung zur Durchführung ähnlicher Prüfungen getroffen und eine gemeinsame Methodik und ein gemeinsamer Prüfungsansatz angewandt. Die Prüfung wird mehr oder weniger zeitgleich von zwei oder mehr autonomen Prüfungsorganen durchgeführt, wobei jedes Prüfungsorgan ein eigenes Prüfungsteam stellt, das allein seiner Hierarchie oder dem Legislativorgan und ausschließlich über seinem Mandat entsprechende Belange Bericht erstattet.

Prüfungsprozess: Ein Prüfungsprozess ist eine Überprüfung der Funktionsmechanismen einer Stelle im Einklang mit den geltenden Gesetzen, Regelungen und Normen. Dazu folgt der Prüfer bei der Untersuchung der Unterlagen Schritten in einer bestimmten Reihenfolge. Der Prüfungsprozess kann sich je nach Art des Auftrags, seiner Ziele und der Art der gewünschten Zuverlässigkeitsgewähr unterschiedlich gestalten. Der Prozess beinhaltet das Erlangen eines Verständnisses des Umfelds, die Durchführung von Prüfungshandlungen und Tests, das Abwägen der Prüfungsergebnisse und die Mitteilung der Ergebnisse an die betroffenen Parteien.

Prüfungsverfahren: Techniken, die der Prüfer zur Erlangung von Prüfungsnachweisen einsetzt, um die Schlussfolgerungen der Prüfung zu untermauern. Zu den Prüfungsverfahren im Rahmen der Prüfung der Rechnungsführung zählen etwa die Betrachtung der Vermögenswerte zur Prüfung des tatsächlichen Vorhandenseins und der Beträge, die Sammlung unabhängiger Bestätigungen Dritter und die Bewertung interner Kontrollen. Die Prüfungsverfahren sind im Prüfungsprogramm angegeben.

Reaktion: Bereitstellung von Soforthilfeleistungen und öffentlicher Unterstützung während oder unmittelbar nach einer Katastrophe, um Leben zu retten, Auswirkungen auf die Gesundheit zu reduzieren, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und die grundlegenden Existenzbedürfnisse der betroffenen Menschen zu decken.

Red flags: Indikatoren oder Warnzeichen für Betrug und Korruption.

Regenerationsfähigkeit: Fähigkeit eines Systems, einer Gemeinschaft oder Gesellschaft angesichts von gefährlichen Ereignissen, die Auswirkungen solcher Ereignisse zeitnah und effizient zu verkraften, ihnen zu widerstehen, sich daran anzupassen und sich davon zu erholen u. a. durch Bewahrung und Wiederherstellung wichtiger Basisstrukturen und -funktionen.

Rehabilitierung: Erneuerung und gegebenenfalls Verbesserung von Einrichtungen, Existenzgrundlagen und Lebensbedingungen von Gemeinschaften, die von Katastrophen betroffen sind, einschließlich Bemühungen zur Verringerung der Risikofaktoren für Katastrophen.

Soforthilfe: Finanzielle Unterstützung, Güter oder Dienstleistungen, die Einzelpersonen und Gemeinschaften bereitgestellt werden, die Verluste aufgrund von Katastrophen erlitten haben.

Strategie zur Bekämpfung von Betrug und Korruption: Bringt die Verpflichtung zum Ausdruck, das Risiko von Verlusten für die Organisation aufgrund von Betrug und Korruption zu minimieren.

Technologische Gefahr: Gefahr, die technologische oder industrielle Ursachen hat, darunter Unfälle, gefährliche Verfahren, Infrastrukturausfälle oder bestimmte menschliche Aktivitäten, die Todesopfer oder Verletzte fordern oder Krankheiten und sonstige Gesundheitsschäden, Schädigung von Sachwerten, Verlust von Existenzgrundlagen und Dienstleistungen, soziale und ökonomische Störungen oder Umweltschäden verursachen können.

Unlautere Absprache: Geheime Übereinkunft zwischen zwei oder mehreren Einzelpersonen in arglistiger oder betrügerischer Absicht. Diese Art von betrügerischem Zusammenwirken ist besonders schwer aufzudecken.

Vom Menschen verursachte Katastrophe: Katastrophe, die durch anthropogene Gefahren herbeigeführt wird, wie Nachlässigkeit oder Systemfehler.

Vorbeugung: Vollständige Vermeidung negativer Auswirkungen von Gefahren und damit verbundenen Katastrophen.

Vulnerabilität: Eigenschaften und Umstände einer Gemeinschaft, eines Systems oder Sachwerts, die sie/es/ihn für die schädigen Auswirkungen eines gefährlichen Ereignisses anfällig machen.

Wiederaufbauphase: Phase, in der die Bevölkerung auf eine vollständige Wiederaufnahme von Dienstleistungen hinarbeitet und zusätzlich vorbeugende Maßnahmen getroffen werden.

Wiederherstellungsphase: Wiederherstellung grundlegender Dienstleistungen und Funktionen, die kurz nach dem Eintreten der Katastrophe eingeleitet und fortgeführt wird, bis die Wiederaufbauphase einsetzt.

Quellen: Dieses Glossar wurde vornehmlich mithilfe der folgenden Quellen zusammengestellt:

- ✓ *UNISDR Handbook on terminology:*
http://www.unisdr.org/files/7817_UNISDRTerminologyEnglish.pdf.
- ✓ *OECD glossary of Statistical terms:* <http://stats.oecd.org/glossary>.
- ✓ *OECD-DAC Glossary of key term and concepts:*
http://www.oecd.org/document/32/0,3746,en_2649_33721_42632800_1_1_1_1,00.html.

✓ *IFAC Handbook Glossary of Terms:*

<http://www2.accaglobal.com/library/technical/auditing/intstandards/2473361>.

Anhang 15

Verweise und Bibliografie

Aid risk in fragile and transitional context. OECD. 2010.

Audit report No. 50 2005-06, siehe www.anao.gov.au.

Audit Strategy on the Rehabilitation and Reconstruction of Aceh and Nias Year 2006-2010. ORBK von Indonesien. 2006.

Auditing Forest: Guidance for Supreme Audit Institutions. INTOSAI WGEA. 2010.

Engwirda, M.B., *Can Auditors Make a Difference in Accounting and Auditing Disaster-related Aid?* *International Journal of Government auditing*, vol. 37, no.2, April 2010, S. 10-13.

[www.fts.unocha.org/exception-docs/About FTS/Definition.pdf](http://www.fts.unocha.org/exception-docs/About_FTS/Definition.pdf).

Guide for Auditing Public Debt Management (Leitlinie für die Prüfung der Verwaltung der Staatsverschuldung) (Entwurf). INTOSAI-Entwicklungsinitiative und Arbeitsgruppe für die Staatsschulden. März 2012.

Harvey, Paul. *Towards Good Humanitarian Government: The Role of the Affected State in Disaster Response.* HPG Policy Brief 37. 2009.

<http://www.gao.gov/new.items/d06460.pdf>.

[http://www.housingreconstruction.org/housing/Part 4.1](http://www.housingreconstruction.org/housing/Part_4.1).

http://www.Ideo.columbia.edu/news/2004/images/hotspots_mortality.jpg.

http://www.Ideo.columbia.edu/news/2004/10_29_04.htm.

<http://www.intosaijournal.org/technicalarticles/technicaloct06b.html>.

<http://ocha.unog.ch/drptoolkit/RiskAnalysis.html>.

The Management of West Java Earthquake by Indonesian NDMA. ORBK von Indonesien.

International Review of the Red Cross. No. 325 von Rohan J Hardcastle, Adrian T.L. Chua.

INTOSAI GOV 9100: Richtlinien für die internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor.

INTOSAI GOV 9110: Anleitung zur Berichterstattung über die Wirksamkeit interner Kontrollen: Erfahrungen der ORKB bei der Umsetzung und Bewertung interner Kontrollen.

ISSAI 1800: Leitlinie für die Prüfung der Rechnungsführung. Besondere Überlegungen bei Prüfungen von Abschlüssen, die aufgestellt sind in Übereinstimmung mit einem Regelwerk für einen speziellen Zweck.

ISSAI 3000: Grundsätze für die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

ISSAI 4000: Leitlinien Ordnungsmäßigkeitsprüfung - Allgemeine Einführung.

Milsten, Andrew M. *Managing Volunteers and Donation in Disaster Medicine*, S. 238. 2006.

Principles of Emergency Management Supplement. FEMA. 2007.

[sedac.ciesin.columbia.edu/hazards/hotspots/synthesis report.pdf](http://sedac.ciesin.columbia.edu/hazards/hotspots/synthesis_report.pdf).

The Yokohama Strategy and Plan of Action for a Safer World. 1994.

W Nick Carter. *Disaster Management: A Disaster Manager's Handbook*. Manila: ADB. 1991.

www.gdrc.org/uem/disasters/1-dm_cycle.html.

www.globalhumanitarianassistance.org/data-guides/concepts-definitions.